# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 1

Zu dieser Broschüre 2

NS-„Euthanasie“ an Behinderten 4

„rassenhygienische“ Überlegungen 5

Zwangssterilisierung 8

„Euthanasie“ und Holocaust 12

Andere Medizinverbrechen 18

Verfolgung von „Asozialen“ 19

Bewältigung nach 1945 21

Die Tötungsanstalt Hartheim 22

Aufbau und Einrichtung der Tötungsanstalt Hartheim 23

Der Vernichtungsvorgang 25

Wahrnehmung, Auswirkungen und Kontinuitäten 31

Der blinde Fleck 34

Sonderbann und Pimpfprobe 35

Hackordnung der „Minderwertigen“ 38

Behinderte in der Gesellschaft 41

Singer in Österreich 41

Wenden wir uns jetzt einigen Vergleichen zu 48

Umgang mit „Euthanasie“-Opfern 52

Heinrich Gross - Das erwartete Ende eines Nachkriegsskandals 54

Gross, die SPÖ und die Nachkriegszeit 54

Gross und die „Ludwig Boltzmann Gesellschaft“ 56

Gross und die Prozesse 57

Gross und sein Ehrenkreuz 61

Gross und Vogt 61

Damals: erbkrank. Heute: gebärdensprachig. 63

Individualisierende Eugenik - Zur Praxis von Andreas Rett 69

Sterilisation ohne Einwilligung 70

Retts nationalsozialistische Vergangenheit 71

1. Vorsitzende des „Bundesbeirats für Behinderte“ 74

Schulische Integration als „Wahnsinn“ 74

Verwendung von Epiphysan zur Triebdämpfung 76

Einflussreicher Berater der Behindertenhilfe 76

Aktionsfelder von individualisierender Eugenik 79

Autorinnen und Autoren 83

# Zu dieser Broschüre

Am 11. Jänner 1996 fand im Jugendstiltheater am Steinhof  
in Wien eine Veranstaltung zum Thema **„Wertes/unwertes Leben?“** statt, bei der u. a. Dr. Wolfgang Neugebauer und  
DSA Manfred Srb referierten.

„Das Interesse an diesem Thema hat uns veranlaßt, die beiden Referate einer größeren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dazu passend haben wir einen Beitrag von Ernst Klee ausge­wählt, den dieser für DIE ZEIT verfaßt hat“, schrieben wir in der Erstauflage dieser Broschüre im Jahr 1996.

An der Aktualität des Themas hat sich unserer Meinung nach nichts geändert. Nun - 16 Jahre später - liegt diese Broschüre in einer über­arbeiteten und **stark erweiterten Ausgabe** vor.

Sie beinhaltet neben den damals erschienen Texten nun auch eine detaillierte Beschreibung der **Tötungsanstalt Hartheim**, die einen sehr beklemmenden Einblick in die Vernichtung von Menschen mit Behinderungen gibt.

Weiters finden Sie ausführliche Artikel zu den bekannten Ärzten **Heinrich Gross** und **Andreas Rett**, die beide in der Nachkriegszeit in Öster­reich großartig Karriere gemacht haben.

Ergänzt werden die Beiträge noch mit einem Bericht über die sogenannten „**Gehirnpräparate**“ und den Umgang damit sowie einen kurzen Artikel über die Gehörlosengemein­schaften in und nach der NS-Zeit.

Es ist uns auch gelungen, eine Reihe von sehr aufrüttelnden Bildern für diese Broschüre zu bekommen – so beispielsweise das **Deckblatt** mit einem historischen Hartheim-Foto.

Da diese Broschüre Beiträge aus ganz unterschiedlichen Zeiträumen enthält, sind nun alle Texte mit dem jeweiligen Erscheinungsjahr versehen.

„Die Gewalt an behinderten Menschen hat viele Gesichter und ist mit dem Ende des ‚3. Reichs’ keineswegs vom Erdboden verschwunden. Wir müssen sensibel sein und das Aufkeimen von Gewalt erkennen und wir müssen wachsam sein und Gewalt bekämpfen - wo und in welcher Form sie auch immer auftritt. Mit dieser Broschüre wollen wir einen Beitrag dazu leisten.“ – schrieben wir im Jahr 1996 abschließend im Vorwort. Dies gilt im gleichen Ausmaß auch noch heute.

***Das BIZEPS-Team***

*Wien*, *im Juni 2012*

# NS-„Euthanasie“ an Behinderten

Wolfgang Neugebauer (geschrieben 1996)

„Euthanasie“, Zwangssterilisierung, „rassenhygienische“ Vor­stellungen wären wohl nur mehr für einen kleinen Kreis von Berufshistorikern oder historisch interessierten Menschen von Belang, wenn nicht in den letzten Jahren neuerlich solche Tendenzen in Deutschland, Österreich und anderen Ländern aufgetaucht wären.

Der sogenannte Gnadentod für unheilbar Kranke, Zwangs­sterilisierung für Behinderte (allgemein: Diskriminierung und Gewalt gegen behinderte Menschen) sind keineswegs tote Ver­gangenheit, sondern aktuelle Erscheinungen. Da­her ist es verdienstvoll, wenn eine Auseinandersetzung mit dem Ge­danken­gut und Praktiken des National­sozialismus erfolgt, und ich bin Ihnen für Ihr Interesse an dieser Veran­staltung sehr dankbar. Ich meine, daß **gerade im Gesund­heits­be­reich** die Beschäftigung mit dem National­sozialis­mus für alle hier Tätigen, auch für die Politiker, unab­ding­bar sein sollte.

Die NS-Vernichtungspolitik war keineswegs nur Ausfluß der Wahnvorstellungen nationalsozialistischer Rassen­fanatiker, sondern ist im Gesamtzusammenhang öko­nomischer und bevölkerungspolitischer Zielvor­stellungen des deutschen Faschismus, einer politischen, ökono­mischen und sozialen „Neuordnung“ Europas, zu sehen. Das von den National­sozialisten vertretene **Konzept einer „Volksgemeinschaft“** strebte die Formierung einer welt­anschaulich straffen, „rassisch“ homogenen, sozial ange­paßten, leistungs­orien­tierten und hierarchisch ge­gliederten Gesellschaft an, in der alle oppositionellen, unangepaßten, nicht leistungs­fähigen, „minderwertigen“ Elemente ausgemerzt werden sollten.

Die nationalsozialistische Lebensvernichtung hatte zwei wesentliche Wurzeln: **geistig-ideologische und ökono­misch-gesellschaftliche**.

Im 19. Jahrhundert drangen biologistische Ideen sowohl in die Geistes- und Naturwissenschaften als auch in die Politik ein. Die Sozialdarwinisten meinten, daß die bio­logischen Prin­zipien vom Kampf ums Dasein und von der natürlichen Auslese in der menschlichen Gesellschaft ebenso herrschen müßten wie in der Natur.

Auch in der Gesellschaft würden nur die kräftigsten und lebens­fähigsten Individuen und Rassen im Kampf ums Dasein überleben, die Schwächeren unterliegen und gehen zugrunde. Verschiedene Theoretiker entwickelten Vor­stellungen von der „Aufartung“ des Volkes bzw. der Rasse durch aktive oder passive Auslese.

Heute lächerlich anmutende Ansichten von der Höher­wertig­keit einer nordischen, germanischen oder arischen Rasse wurden in zahlreichen pseudo- und populär-wissen­schaft­lichen Publikationen und Zeitschriften verbreitet und ver­fehlten nicht ihre Wirkung.

In der 1920 er­schienenen Schrift „Die Freigabe der Ver­nichtung lebens­unwerten Lebens“ des Juristen Karl Binding und des Psychiaters Alfred Hoche wurde erstmals die Aus­merzung der Geisteskranken angesprochen.

## „rassenhygienische“ Überlegungen

Immer stärker drangen „rassenhygienische“ Überlegungen in die Sozial- und Gesundheitspolitik ein und führten ins­be­son­dere in der Psychiatrie zur Entwicklung humanitäts­abge­wandter Vernichtungsprogramme. Selbst fortschrittliche politische Kräfte konnten sich der Attrakt­ivität eugenischer Maßnahmen nicht entziehen, wie der Vortrag und die Bro­schüre „Gefahren der Minder­wertig­keit“ des durch und durch humanistisch gesinnten Stadtrats für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Prof. Dr. Julius Tandler, beim Öster­reich­ischen Bund für Volks­aufklärung und Erbkunde zeigte. Tandler rechnete die enormen Kosten der Irrenpflege vor und sah in der „**Unfruchtbarmachung der Minderwertigen**, selbst­ver­ständlich unter allen Kautelen der Wissenschaft und der Menschlichkeit und unter voller Bürgschaft des Rechts ... eine unabweisliche Forderung“.

Auch in katholischen und besonders in protestantischen Kreisen wurde die **„rassenhygienische“ Sterilisierung** pro­pagiert. In der wissenschaftlichen Literatur wird zu Recht von einem „rassenhygienischen“ Paradigma ge­sprochen. Die Nationalsozialisten haben in Ansätzen und Umrissen schon vorhandene Konzepte für die „Aus­merzung der Minder­wertigen“ radikalisiert und mit beispielloser Konsequenz in die Wirklichkeit umgesetzt.

Aus zahlreichen internen NS-Dokumenten und aus dem Zeit­punkt der Inangriffnahme der Lebensvernichtung wird aber deutlich, daß dafür nicht nur ideologische, „rassen­hygien­ische“ und rassistische Überlegungen maßgeblich waren, sondern daß **letztlich materielle Faktoren aus­schlag­gebend** waren: Es ging um die Beseitigung von „unnützen Essern“, von „**Ballastexistenzen**“, also um die Einsparung von Betten, Pflegepersonal, Lebensmitteln, Kleidern und dgl. in einer aufs äußerste angespannten Kriegswirtschaft.

Medizin und Gesundheitspolitik des Nationalsozialismus sind auch im Lichte der sozialen Funktion des faschistischen Herr­schaftssystems zu sehen: Nach der Zerschlagung der organi­sierten Arbeiterbewegung sollte die Arbeitsleistung auf ein Maximum gehoben und die Löhne und Sozialkosten auf mög­lichst niedrigem Niveau gehalten werden.

Im Zentrum der NS-Medizin stand daher nicht der kranke Einzelmensch, sondern die Sorge um die **Gesundheit des „Volkskörpers“**. Hauptaufgabe des Arztes sei die Stärkung der Volksgesundheit und die Reinhaltung der „völkischen Erbmasse“.

Als Mittel zu diesem Zweck wurden **„Euthanasie“ und Steri­li­sierung** angesehen. In diesem Zusammenhang wurden immer wieder, selbst in Schulbüchern für Mathematik, Rechnungen angestellt, wie teuer die Erhaltung und Pflege der Geistes­kranken komme.

Zur psychologischen Rechtfertigung der Mordaktion wurde den psychisch Kranken - ebenso wie den Juden, Zigeunern und anderen „Untermenschen“ - die mensch­liche Qualität abgesprochen, indem z. B. im Organ des national­sozialist­ischen deutschen Ärztebundes diese Menschen mit „Ratten, Wanzen und Flöhen“ verglichen wurden, die als Schädlinge ausgemerzt gehören.

Verschiedene Organisationen, Zeitschriften, Schulbücher, wissenschaftliche Werke und Vorlesungen, insbesondere an den medizinischen Fakultäten, aber auch Dokumentar- und Spielfilme, wie z. B. „Ich klage an“ von Wolfgang Liebeneiner, propagierten die „rassenhygienischen“ Ideen; Parteiorgani­sa­tionen und staatliche Behörden organi­sierten die „Erb- und Rassenkunde“.

Obwohl die Vorbereitung, Planung, Entschlußbildung, Pro­paganda und zentrale Steuerung sowohl der Zwangs­sterili­sierung als auch der „Euthanasie“ von Berlin aus erfolgte - dort war der aus Österreich stammende Ordinarius für Psychiatrie in Berlin Max de Crinis mitbe­teiligt - gab es auch in Österreich Protagonisten der „Rassenhygiene“.

Insbesondere die 1925 an der Universität Wien ge­gründete Wiener Gesellschaft für „Rassenpflege“, deren erster Vor­sitzender Univ. Prof. Dr. Otto Reche (Vorstand des Anthro­pologischen Instituts) war, entfaltete eine rege Schulungs- und Vortragstätigkeit. Nach der Annexion Österreichs im März 1938 wurde die „Rassenhygiene“ auf verschiedenen Ebenen institutionalisiert.

An den Universitäten Wien und Innsbruck wurden Lehr­kanzeln für „Erb- und Rassenpflege“ geschaffen, und die „Rassenhygiene“ wurde in die Medizinerausbildung inte­griert; auch Anthropologen leisteten, vor allem durch „Gut­achten“ über die rassische Zugehörigkeit, einen wesentlichen Beitrag. Auf Parteiebene wurden Ämter für Sippenforschung errichtet; in den Gesundheitsabteilungen der Reichsgaue wurden eigene Abteilungen für „Erb- und Rassenkunde“ geschaffen.

In Form des „Ariernachweises“ und des „Ahnenpasses“ griff die NS-„Rassenhygiene“ praktisch in das Leben aller Menschen ein, da grundsätzlich jedermann den Nachweis einer „arischen“ Abstammung zu erbringen hatte, an­sonsten er als „Nichtarier“ aus der „Volksgemeinschaft“ ausge­schlos­sen wurde.

## Zwangssterilisierung

Die erste verbrecherische Maßnahme, die die National­sozialisten nach ihrer Machtergreifung auf dem Gebiet der „Erb- und Rassenpflege“ durchführten, war die zwangs­weise, das heißt staatlich angeordnete Sterilisierung (Unfruchtbar­machung) von „Erbkranken“ durch das „**Gesetz zur Ver­hütung erbkranken Nachwuchses**“ vom 14. Juni 1933.

Die Forderung nach Ausschaltung der „Minderwertigen“ von der Fortpflanzung hatte Adolf Hitler schon in seinem Buch „Mein Kampf“ 1925 erhoben. Obwohl die Vererbbarkeit wissen­schaftlich nur zum ge­ringsten Teil nachgewiesen war, galten als „Erbkrank­heiten“ im Sinne des Gesetzes: ange­borener Schwachsinn, Schizo­phrenie, zirkuläres (manisch­depressives) Irresein, erbliche Fallsucht, erblicher Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), erbliche Blindheit, erbliche Taub­heit, schwere erbliche körperliche Mißbildung sowie schwerer Alko­holismus.

Antragsberechtigt waren nicht nur der Kranke oder dessen gesetzlicher Vertreter, sondern auch Amtsärzte und An­stalts­leiter; letztere waren zur diesbezüglichen Anzeige sogar ver­pflichtet.

Defacto waren **die Gesundheitsämter die maßgebliche Ins­tanz**; die Leiter der Gesundheitsämter, meist NS-Funktionäre, stellten die meisten Sterilisierungsanträge. De jure wurde über die Anträge in nichtöffentlicher Sitzung von den bei Amts­gerichten eingesetzten Erb­gesundheitsgerichten, be­stehend aus Amtsrichter, Amts­arzt und einem weiteren Arzt, entschieden, wobei eine Berufung an das Erbgesundheits­ober­gericht (beim jeweiligen Oberlandesgericht) möglich war.

Im Gegensatz zur sonstigen rigorosen Verfolgung der Ab­treibung war bei bereits schwangeren Frauen mit deren Einwilligung die Unterbrechung der Schwangerschaft (bis zum sechsten Monat) zulässig.

Nach Angaben von Horst Seidler kamen beim Erbgesund­heits­gericht Wien 20 % der Meldungen von der Wagner Jauregg Heil- und Pflegeanstalt, deren Namensgeber, Univ. Prof. Dr. Julius Wagner, Nobelpreisträger für Medizin, übrigens am 21. April 1940, kurz nach Inkrafttreten des Zwangssterilisierungsgesetzes in Österreich und knapp vor seinem Tod noch eigenhändig seine Aufnahme in die NSDAP beantragt hatte.

Die vom Gericht beschlossene Unfruchtbarmachung, die in einer Krankenanstalt im Wege eines chirurgischen Ein­griffes erfolgte, war auch gegen den Willen der Unfrucht­bar­zu­machenden auszuführen, wobei die „Anwendung unmittel­baren Zwanges“ zulässig war. Aus einschlägigen Statistiken geht hervor, daß die Anträge zur Unfrucht­barmachung nahe­zu ausschließlich von Amts- und An­staltsärzten gestellt wurden und daß bei jedem Zwölften Gewalt angewendet werden mußte.

In etwa der Hälfte aller Fälle wurde der Antrag mit „Schwach­sinn“ begründet, in ländlichen Gebieten, z. B. Zwettl, betrug dieser Anteil um die 80 %. Die Betroffenen gehörten zum Großteil den Unterschichten an; zu Recht wird daher von einer „sozialen Diagnostik“ gesprochen.

Da der Historiker mit der Beurteilung so komplexer, im Zen­trum neuester und hochspezialisierter Forschungs­richtungen stehender medizinischer Fragen wie jener der Vererbung von Krankheiten, insbesondere von psy­chischen, genetischen Defekten und dergleichen wohl überfordert ist, folge ich auf diesem Gebiet dem Urteil zweier anerkannter Human­bio­logen, Horst Seidler (Universität Wien) und Ulrich Kattmann (Universität Oldenburg), die in den von ihnen zusammenge­stellten Ausstellungsmaterialien „Rassenkunde und Rassen­hygiene. Ein Weg in den Nationalsozialismus“ zum Schluß kommen, daß die Vorstellungen von Vererbung, die hinter dem Gesetz stehen, wissenschaftlich nicht haltbar sind und daß auch das Ziel, die Ausschaltung der Erbkrankheiten, auf diese Weise nicht erreicht werden kann.

Das reichsdeutsche Sterilisierungsgesetz wurde mit Ver­ord­nung vom 14. November 1939 über 1. Jänner 1940 in der Ostmark eingeführt. Die Sterilisierungsaktion nahm aber in Österreich nur mehr geringeres Ausmaß an, da zu diesem Zeitpunkt bereits die weitergehende Maßnahme der „Eutha­nasie“ praktiziert wurde.

Gisela Bock geht in ihrer Habilitationsschrift über die Zwangs­sterilisation ausführlich auf die quantitative Dimension ein und kommt aufgrund von Schätzungen und Berechnungen anderer sowie eigener Recherchen zu dem Ergebnis, daß im Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 zwischen 1933 und 1945 etwa **360.000 Menschen** aufgrund der gesetzlichen Vorschriften zwangssterilisiert wurden.

Mit den nach 1937 dazugekommenen Gebieten dürften etwa 400.000 Zwangssterilisierungen durch das NS-Regime erfolgt sein, wobei **noch eine Dunkelziffer von einigen tausend außer­halb des Gesetzes durchgeführten Sterilisierungen** („Rheinlandbastarde“, „freiwillige“ Sterilisierungen durch Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, KZ-Sterilisierungs­versuche u. a.) angenommen wird.

In Österreich war die Zahl der Zwangssterilisierungen aus ver­schiedenen Gründen, vor allem wegen der gleichzeitig vor sich gehenden „Euthanasie“, weitaus geringer. Genaue An­gaben über die Anzahl der Zwangssterilisierungen in Öster­reich von 1940-1945 lassen sich freilich infolge der un­günstigen Quellenlage nicht machen; vielmehr können nur Teilangaben bzw. Hochrechnungen und Schätzungen daraus vorgenommen werden, wobei sich eine Bandbreite von 5.000 bis 10.000 Fällen errechnen läßt.

Gisela Bock hat herausgearbeitet, daß die rund 400.000 Zwangs­sterilisationen mindestens 5.000 Tote, davon 90 % Frauen, forderten; auf Österreich bezogen ergäbe dies 75 Tote - im übrigen eine weitere Kategorie von NS-Opfern, von denen bisher nie die Rede war.

Obwohl statistisch gesehen die Zwangssterilisierung Frauen und Männer gleichermaßen betraf, ist im Hinblick auf die größeren psychischen Folgen und die höhere Todes­­rate einer der Hauptthesen der Habilitationsschrift von Gisela Bock zuzustimmen, daß in der Zwangssterilisa­tion eine primär und spezifisch gegen Frauen gerichtete Politik mit wesentlichen sexistischen Aspekten zu sehen ist.

An dieser Stelle ist auch darauf hinzuweisen, daß Vor­schläge zur Zwangssterilisierung ganzer Volksgruppen und Völker auch aus Österreich kamen. So hatte am 24. August 1941 der stellvertretende Gauleiter von Niederdonau, SS-Oberführer Karl Gerlach, an den Reichsführer der SS Heinrich Himmler geschrieben, daß Menschenexperimente auf dem Gebiet der medikamentösen Sterilisation „in Zu­sammenarbeit mit dem Pharmakologischen Institut der Wiener Medizinischen Fakul­tät an Insassen des Zigeuner­lagers Lackenbach in Nieder­donau“ vorgenommen werden sollten.

Pläne zur Massensterilisierung von Juden, Ostvölkern, sowje­tischen Kriegsgefangenen und anderen, kamen aber nicht mehr zur Verwirklichung, zum Teil weil sie technisch un­durch­führbar waren, zum Teil weil man bereits zur Massen­vernichtung übergegangen war. In Konzentra­tions­lagern wurden aber Zigeunerfrauen und -mädchen Opfer grausamer Versuchssterilisierungen.

## „Euthanasie“ und Holocaust

Die Zwangssterilisierung genügte den national­sozial­istischen „Rassenhygienikern“ jedoch nicht, da sie erst nach vielen Generationen Resultate zeigen konnte; die NS-Medizin zielte auf die völlige Ausschaltung aller Psycho­pathen, Schwach­sinnigen, Behinderten und anderer „Minderwertiger“ ab.

Es ist kein Zufall, daß der **Ausrottungsfeldzug** gegen die Geistes­kranken im Jahr des Kriegsausbruches 1939 be­gann, hatte doch Hitler bereits 1935 derartige Maßnahmen für diesen Fall angekündigt. Damit sollte der in den Augen der Nationalsozialisten vor sich gehenden „negativen Auslese“ durch den Krieg - Tod oder Verstümmelung der Gesunden, Überleben der Kranken - entgegengewirkt werden.

Unmittelbarer Anlaß für die Aktion war die Notwendigkeit, Lazarettraum zu schaffen und Spitalspersonal freizu­stellen. Nach den Hartheimer Unterlagen wurden insge­samt 93.521 Betten, zum Großteil für militärische Zwecke, „freigemacht“ und über 885 Millionen RM (für einen 10-Jahreszeitraum) an Kosten eingespart.

Die Nationalsozialisten begannen die zu Unrecht „Euthanasie“ (griechisch: schöner Tod) oder „Gnadentod“ genannte Ver­nichtung des „lebensunwerten Lebens“ mit den kranken Kindern.

Zur Durchführung der massenhaften Tötung von mißge­bil­de­ten Neugeborenen und Kleinkindern wurde nach Beratungen in der „Kanzlei des Führers“ und in Zu­sammen­arbeit mit dem Reichsärzteführer Dr. Leonardo Conti noch im ersten Halb­jahr 1939 eine Organisation mit der Tarnbezeichnung „**Reichs­ausschuß zur wissen­schaft­lichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden**“ geschaffen.

Durch einen geheimen Runderlaß des Reichsministeriums vom 18. August 1939 wurden alle Hebammen und Ärzte ver­pflichtet, in den Kliniken anfallende Mißgeburten (Idiotie, „Mongolismus“, Mikro- und Hydrocephalus, Mißbildungen der Extremitäten) sowie Kinder bis zu drei Jahren mit diesen Leiden den Gesundheitsämtern zu melden. Die Meldebögen wurden an drei vom „Reichs­ausschuß“ beauftragte Gutachter weitergeleitet, die auf einem speziellen Vordruck über Leben und Tod der Kinder entschieden.

Aufgrund dessen wurde den Leitern der zuständigen Ge­sund­heits­ämter vom „Reichsausschuß“ mitgeteilt, „nach ein­gehender fachärztlicher Überprüfung“ sei das Kind in eine „Kinder­fachabteilung“ einzuliefern. Dieser Mord­aktion fielen mehr als 5.000 Kinder zum Opfer. Insgesamt wurden an die dreißig solcher „**Kinder­fach­ab­teilungen**“ an verschiedenen Krankenanstalten einge­richtet, darunter in den psychiatri­schen Anstalten „Am Steinhof“ in Wien und „Feldhof“ in Graz. Die Eltern der betroffenen Kinder wurden mit verschiedenen Mitteln - von Täuschung bis zur Drohung - zur Herausgabe ihrer Kinder bewogen. Die Leiter der „Kinderfach­ab­tei­lungen“, die vom „Reichs­aus­schuß“ mündlich instruiert waren, ließen die einge­lieferten Kinder nach einiger Zeit und nach eventueller Untersuchung und Befundprüfung töten, wobei in keinem Fall eine Einwilli­gung der Eltern nach­ge­wiesen ist. Die Tötung erfolgte mit **Morphium-Hydrochloral, Luminal oder durch Nahrungs­mittel­entzug**.

Diese Kinder-„Euthanasie“ wurde auch nach dem offiziellen Stop der Erwachsenen-„Euthanasie“ im August 1941 bis zum Ende der NS-Herrschaft fortgeführt; durch die Hinaufsetzung der Altersgrenze auf 17 Jahre wurde der Personenkreis sogar beträchtlich erweitert.

Im Laufe des Krieges wurden auch größere Transporte aus dem „Altreich“ in die Wiener-Kinderklinik gebracht, wo die meisten Kinder binnen kurzer Zeit starben. Besonders gut dokumentiert ist das Schicksal der im August 1943 aus den Alsterdorfer Anstalten (Hamburg) nach Steinhof ge­brachten 228 Frauen und Mädchen, von denen 201 - meist nach be­trächtlichen Gewichtsverlusten durch Hungern - umkamen.

Der damals an der Kinderklinik einschlägig tätige (national­sozialistische) Arzt, Dr. Heinrich Gross, benutzte die Gehirne der Hamburger Kinder (und auch andere) nach 1945 zu wissen­schaftlichen Arbeiten, die seine Karriere als Primarius und Gerichtssachverständiger begründeten.

Kurze Zeit nach dem Beginn der Kinder-„Euthanasie“ wurde auf­grund einer auf den **1. September 1939 rück­datierten „Ermächtigung“ des Führers Adolf Hitler**, die keinerlei Ge­setzes­kraft oder Legalität hatte, mit der „Euthanasie“ der erwachsenen Geisteskranken begonnen.

Im Rahmen dieser von der „Kanzlei des Führers“ organi­sierten Tötungsaktion (nach der Adresse Berlin, Tier­garten­straße 4 „T4“ genannt) wurde ein Großteil der Patienten der psychiatrischen Anstalten im Deutschen Reich in „Euthana­sie“-Anstalten, u. a. nach Hartheim bei Eferding, abtrans­por­tiert und dort mit Giftgas getötet.

Die Angehörigen der Opfer wurden **mit verfälschten Briefen und Totenscheinen zu täuschen versucht**. Vorher waren die Patienten von bezahlten „Gutachtern“, etwa 40 bis 50, davon zwei aus Wien (Dr. Erwin Jekelius und Dr. Hans Bertha) im Wege einer Fragebogenauswertung für die „Euthanasie“ aus­gewählt worden.

Im Zuge der Erwachsenen-„Euthanasie“ wurden aus öster­reichischen Anstalten vor allem nach Hartheim abtrans­portiert:

Wien-Steinhof über 4.000

Gugging mind. 500-600

Mauer-Öhling mind. 1.279

Ybbs 2.282

Linz-Niederhart ca. 950

Graz-Feldhof ca.1.500

Reichsgau Salzburg ca. 420

Reichsgau Tirol (mit Vorarlberg) mind. 706

Reichsgau Kärnten insgesamt 1.500, davon

700 nach Hartheim

In Hartheim wurden 1940/41 18.269 Menschen vergast.

In die „Euthanasie“-Aktion waren auch Pfleglinge kleinerer Anstalten und - über den Kreis der Geisteskranken weit hin­aus - Insassen von Pflegeheimen und Altersheimen einbe­zogen. Allein im Versorgungsheim der Stadt Wien-Lainz wurden 346 Fragebögen ausgewertet.

Mit **Hitlers Einstellungsbefehl** vom 24. August 1941 kam die „Euthanasie“ jedoch keineswegs zum Erliegen. Die Kinder-„Euthanasie“ wurde weitergeführt, und in den „Euthanasie“-Anstalten wurden Häftlinge aus den Konzentrationslagern vergast (Aktion 14f13). Als einzige „Euthanasie“-Anstalt  
blieb Hartheim bis Dezember 1944 weiter in Betrieb, unter anderem wurden dort geistes­kranke Ostarbeiter vergast, die keine Leistungen mehr er­bringen konnten.

In den einzelnen Anstalten wurde die Ermordung von Geis­tes­kranken durch Verhungern, Vergiften u. ä. fort­ge­setzt. Eine zentrale Anweisung für diese unge­regelten Mord­aktionen dürfte nicht vorgelegen sein; diese ent­sprangen meist der Initiative von Gauleitungen, Anstalts­leitungen oder einzelnen Ärzten.

Viktor Brack, einer der Hauptverantwortlichen für die „Eutha­nasie“-Aktion in der „Kanzlei des Führers“ prägte dafür die Bezeichnung „**wilde Euthanasie**“. So ermordete etwa der von der Gauleitung Niederdonau eingesetzte praktische Arzt Dr. Emil Gelny, ein fanatischer National­sozialist (der später nach Syrien flüchten konnte), vom November 1943 bis April 1945 mehrere hundert Patienten in den Anstalten Gugging und Mauer-Öhling durch Medika­mente und mittels eines von ihm umgebauten Elektro­schock­gerätes.

H. Rittmannsberger hat für Niedernhart herausgearbeitet, daß 1942/43 zahlreiche Patienten aus kleineren Anstalten über­stellt wurden, die innerhalb weniger Tage starben. Eben­so geschah dies in anderen großen Anstalten. Offenbar dienten diese **Verlegungstransporte zur Ver­schleierung des raschen Sterbenlassens**, bzw. dessen Be­schleunigung. Zu den in Hartheim ermordeten 15.000 bis 18.000 Öster­reicherInnen kommen also einige weitere tausend Patienten, die in den Anstalten selbst ums Leben gebracht wurden. Das heißt, daß die Größenordnung der öster­reich­ischen „Eutha­na­sie“-Opfer bei mindestens 20.000 bis 50.000 liegt.

Das Bekanntwerden der „Euthanasie“-Aktion löste natürlich vor allem bei den Betroffenen - den Anstalts­insassen, ihren Angehörigen und dem anständigen Teil des Anstaltspersonals - Widerstand aus. Das gleiche gilt für die Zwangssterilisation, der sich viele, z. T. mit Erfolg, zu ent­ziehen versuchten. Zu nennen ist hier der Apostolische Administrator von Inns­bruck-Feldkirch Paul Rusch, der allen kirchlichen Anstalten und Ordensangehörigen die Mitwirkung an der Unfruchtbar­machung verbot.

Ob der von der katholischen und evangelischen Kirche aus­gehenden Widerstand zu Hitlers „Euthanasiestopp“ führte oder beitrug oder ob die T4-Aktion planmäßig zu Ende ging, ist in der Forschung umstritten. Dies ändert aber nichts an seinem politischen und sittlichen Wert.

Zweifellos fand im Sommer und Herbst 1941 eine ein­schneidende Umstrukturierung des T4-Apparates statt. Zum einen wurden die „Euthanasie"-Anstalten samt Personal sowie die „Gutachter“ für die Aktion „14f13“ verwendet, in deren Verlauf die Konzentrationslager von „**Ballast­exis­tenzen**“, also nichtleistungsfähigen Häftlingen, gesäubert wurden. So wurden in Hartheim mindestens 8.000 Häftlinge der KZ Dachau und Mauthausen ermordet.

Zum anderen wurde zu der im Herbst 1941 beginnenden „Endlösung der Judenfrage“ das Personal von T4 heran­ge­zogen, zumal dieses über das notwendige know how bei der Massenvergasung verfügte. Insgesamt wurden 92 Angehörige der „Kanzlei des Führers“ zu der von dem früheren Gauleiter, SS-Gruppenführer Odilo Globocnik, geleiteten „Aktion Reinhard“ abkommandiert.

Der aus Österreich stammende Arzt Dr. Irmfried Eberl wurde der erste Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka, später fungierte der zuvor in Hartheim tätige Franz Stangl als Kommandant von Treblinka und Sobibor; auch der Büroleiter von Hartheim, Christian Wirth, war führend an der „Aktion Reinhard“ beteiligt, der in den Jahren 1941 bis 1943 etwa 1,5 Millionen Juden im General­gouvernement zum Opfer fielen. Schließlich ist in diesem Zusammenhang auch darauf zu ver­weisen, daß Ärzte bei der Durchführung des Holocaust eine wichtige Rolle spielten; sie führten in Auschwitz die Selek­tionen der ankommenden Transporte, aber auch der kranken, nicht arbeitsfähigen Häftlinge im Lager durch und bedienten in der Regel die Gasanlagen. Die NS-„Euthanasie“ stellt somit das Modell für den industri­ell betriebenen Massenmord an Millionen Menschen in Europa dar, dessen geplante Aus­weitung („Generalplan Ost“) nur durch die militärische Niederlage Deutschlands unter­blieb.

## Andere Medizinverbrechen

Es liegt auf der Hand, daß in dieser Zeit der Gering­schätzung des Lebens von Geisteskranken auch Gesund­heits­schädi­gungen durch medizinische Versuche, Unter­versorgung mit Medikamenten, Mißhandlungen von seiten des Pflegeper­sonals häufig vorkamen.

Aus Zeitgründen kann ich hier nicht im Detail auf die medizi­nischen Versuche insbesondere in den KZ eingehen, wo skru­pellose Mediziner die Wehrlosigkeit der Häftlinge für ihre oft tödlich ausgehenden und schmerzhaften **Experimente** aus­nützten. **Brutalität und Sadismus waren Begleiter­schei­nungen**, aber nicht Hauptmotiv der Humanversuche. So wurden etwa die mörderischen Unterkühlungs- und Unter­druck­ver­suche in Dachau für die Luftfahrtmedizin durchge­führt und z. T. später für die US-Raumfahrt verwertet.

An den gleichfalls in Dachau durchgeführten Meer­wasser­ver­suchen waren auch zwei österreichische Professoren be­teiligt: der in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilte Prof. Dr. Wilhelm Beiglböck und sein Chef, der Vorstand der 1. Medizi­nischen Universitätsklinik Prof. Dr. Hans Eppinger, der als berühmter Prominentenarzt (u. a. Stalin) von der Strafver­folgung verschont wurde.

Untersuchungen für die Anstalten in Klagenfurt und Wien-Steinhof haben ergeben, daß **seitens des Pflegepersonals zeitweise sogar mehr Patienten getötet wurden, als von oben angeordnet worden war**. Der Gesichtspunkt der „Pflegeauf­wendigkeit“ war dabei von entscheidender Be­deutung: Je mehr ein Patient die Pfleger in Anspruch nahm, desto größer war seine „Aussicht“ auf Todesbe­schleunigung.

Übergriffe in den einzelnen Anstalten wurden durch An­weisungen von zentralen Stellen ergänzt. So wurde z. B. durch ein Rundschreiben des Reichsministers für Wissen­schaft, Er­ziehung und Volksbildung die Insulinkur für Schizophrenie in den psychiatrischen Anstalten und Kliniken untersagt. Aus den gleichen Gründen - Mangel an Insulin und Vorrang für jugendliche und arbeitsfähige Diabetiker - ordnete die Ärzte­kammer Wien 1944 an, daß „ältere oder erwerbsun­fähige Diabetiker womöglich ohne Insulin oder mit der kleinst­möglichen Menge eingestellt werden“.

Das dem NS-Gesundheitssystem zugrunde liegende er­bar­mungslose Kosten-Nutzen-Kalkül führte auch dazu, daß Tbc-Kranke massenhaft sterben gelassen wurden, und auch in anderen Fällen, wo eine Wiederherstellung zur vollen Ar­beits­leistung nicht mehr zu erwarten war, er­folgte eine die Mortalitätsrate erhöhende Unterversorgung mit Nahrungs­mitteln und Medikamenten.

## Verfolgung von „Asozialen“

Die Absichten und Planungen der für die Gesundheits- und Sozialpolitik verantwortlichen NS-Funktionäre in Staat, Partei und SS gingen weit über „Erbkranke“, Geisteskranke und Be­hinderte hinaus; von den verbrecherischen Maßnahmen waren alle den Normen des NS-Regimes nicht ent­sprech­enden Menschen bedroht, insbesondere alle jene, die keine Leistung für die „Volksgemeinschaft“ er­brachten oder er­bringen konnten, die vom ökonomischen Standpunkt als „**unnütze Esser**“ angesehen wurden. Bei der wissenschaft­lichen Definition der Asozialität, die als erb­lich hingestellt wurde, hatte sich der Österreicher Friedrich Stumpfl, später Ordinarius für „Rassenhygiene“ an der Universität Innsbruck, hervorgetan. Vor allem dem Chef der SD und der Sipo, Rein­hard Heydrich, neben Himmler Hauptorganisator des NS-Terrors, ging es um die „Aus­merzung“ aller den NS-Normen nicht entsprechenden sozi­alen Randgruppen und Minder­heiten im deutschen Herr­schaftsbereich.

In seinem Auftrag wurde ein „Gemeinschaftsfremden­gesetz“ aus­gearbeitet, in dem Zwangssterilisierung und Schutzhaft für alle in den Augen der Nazis als „asozial“ Eingestufte vorge­sehen waren. Heydrich versuchte auch, in das 1939/40 in Ver­handlung stehende „Euthanasie“-Gesetz die „Asozialen“ einzubinden, so daß der Entwurf zeitweise den Titel „**Gesetz über die Sterbehilfe für Lebensunfähige und Gemein­schafts­fremde**“ erhielt. Die Gesetzwerdung scheiterte jedoch letztlich, weil Hitler, der in diesen wichtigen Kriegsmonaten Ruhe an der inneren Front wünschte, einer formalge­setz­lichen Regelung der Massen­mordaktionen nicht zustimmte.

Die Liquidierung der „Gemeinschaftsfremden“, dazu wurden u. a. „Arbeitsscheue“ und „gewohnheitsmäßige Schmarotzer“, „Landesverräter“, „Rassenschänder“, „sexuell Hemmungs­lose“, Süchtige, Trinker, Prostituierte, Abtreiberinnen, Straf­fällige gezählt, nach damaligen statistischen Berechnungen etwa 2% der Bevölkerung (1,6 Millionen Menschen), wurde hinsichtlich der Jüngeren im Wege der Kinder-„Euthanasie“, die bis zum 17. Lebensjahr erstreckt wurde, betrieben, zum größeren Teil erfolgte sie durch den SS- und Polizeiapparat, d. h. durch Inhaftierung in Konzentrationslagern und „Ver­nichtung durch Arbeit“. Auch in der psychiatrischen Anstalt **„Am Steinhof“ in Wien** wurde eine Arbeitsanstalt für „Asoziale“ eingerichtet, wo auch nicht erbkranke, „asoziale“ Mädchen und Frauen zwangs­sterilisiert wurden. Auch Kastra­tionen, ins­be­sondere an Homosexuellen, wurden von Ärzten durch­geführt. Schon 1939 wurde mit dem **Aufbau gigan­tischer Karteien** (in Wien etwa wurden **32.000 Personen registriert**) im Rahmen der „Erbbiologischen Bestandsauf­nahme“ be­gonnen, in die neben Geisteskranken und Behin­der­ten alle Arten von „Asozialen“, verwahrloste Kinder und Jugend­liche, Alko­holiker und dergleichen, einschließlich der ge­samten Ver­wandtschaft („Sippschaft“), aufge­nommen wurden. Daß diese Menschen als zukünftige Opfer national­sozial­ist­ischer Rassen­politik ins Auge gefaßt waren, liegt in der Logik des NS-Systems. Manche Forscher (G. Aly, K. H. Roth, K. Dörner) nehmen an, daß eine Art „Endlösung der sozialen Frage“, also eine Ausrottung der gesamten, als „min­der­wer­tig“ ange­sehenen Unterschichten der Ge­sell­schaft, geplant war.

## Bewältigung nach 1945

Hinsichtlich der „Bewältigung“ der NS-Medizinverbrechen kann an dieser Stelle nur folgendes schlagwortartig gesagt werden:

* die gerichtliche **Verfolgung der Täter** war völlig unzu­länglich; viele belastete Ärzte konnten wieder in ihren Berufen, in der Wissenschaft und Lehre tätig werden,
* eine Wiedergutmachung an den Opfern erfolgte nicht; „Euthanasie“-Opfer und Zwangssterilisierte blieben aus dem Opferfürsorgegesetz ausgeklammert,
* die nach 1945 tabuisierten Themen „Euthanasie“, Sterbe­hilfe und Zwangssterilisierung werden in den letzten Jahren (durch Leute wie Julius Hackethal, Peter Singer u. a.) wieder diskussionswürdig gemacht,
* die wissenschaftliche Erforschung in Österreich steckt noch in den Anfängen (z. B. sind die Anstaltsmorde in Stein­hof bislang nicht aufgearbeitet worden); die Quellen sind zum Teil noch immer nicht zugänglich,
* **inhumanes Kosten-Nutzen-Denken** ist dem Gesund­heits­wesen weiterhin systemimmanent,
* die moderne Gen- und Reproduktionstechnik wird mög­licher­weise die „rassenhygienischen“ Auslese- und Zucht­vorstellungen technisch realisierbar machen.

# Die Tötungsanstalt Hartheim

Florian Schwanninger und  
Angela Wegscheider (geschrieben 2012)

Die organisierte Vernichtung von „unwertem“ Leben.

In diesem Beitrag sollen die Rahmenbedingungen, die die systematische Ermordung von Menschen mit Behinderungen ermöglichten und die Umsetzung der Tötung anhand des Bei­spiels der Tötungsanstalt Hartheim dargestellt werden. Mit Schloss Hartheim, rund 18 km westlich von Linz gelegen, be­fand sich eine der insgesamt **sechs Tötungsanstalten der NS-Euthanasieaktion „T4“** auf dem Gebiet der damaligen „Ost­mark“.

Das aus dem frühen 17. Jahrhundert stammende Re­nais­sance­schloss hatte seit dem Jahr 1898 als Betreuungs­ein­richtung für Menschen mit Behinderungen gedient. Hier wurden bis zu 200 Menschen, mehrheitlich als bildungsun­fähig eingestufte Kinder, Jugendliche und Erwachsene, von katholischen Schwestern versorgt.[[1]](#footnote-1)

Nach dem „Anschluss“ 1938 kam auch in Österreich, der nun­mehrigen „Ostmark“, die nationalsozialistische Sozial­politik zur Geltung, welche die konfessionellen Institutionen und Wohlfahrtsvereine zurück­drängte.[[2]](#footnote-2) Diesen Prämissen ent­sprechend wurde der Träger­verein der „Schwachsinnigen­anstalt Hartheim“, der Ober­öster­reichische Landes-Wohl­tätig­keitsverein, zwangsweise aufgelöst und sein Vermögen - das Schloss samt Gutshof, Barvermögen sowie Inventar - 1939 an den „Reichsgau Ober­donau“ übergeben.[[3]](#footnote-3)



Eine Gruppe von BewohnerInnen der Anstalt in Hartheim mit Schwestern des Hl. Vinzenz von St. Paul, einer Betreuerin und einem Priester an der Schlossaußenmauer (Datum der Aufnahme: ca. 1910)

## Aufbau und Einrichtung der Tötungsanstalt Hartheim

Die behinderten BewohnerInnen und das Betreuungsper­sonal wurden unmittelbar vor dem Beginn des Umbaus und dem Einbau der Tötungsanlagen im März und April 1940 in andere Einrichtungen verlegt.[[4]](#footnote-4) Die Räume, die in direktem Zusammenhang mit der Er­mordung der Opfer und der Be­seitigung ihrer Leichen standen, befanden sich im Erdge­schoß des Schlosses und gruppierten sich um den 11 x 14 Meter großen Innenhof des Schlosses. Im ersten Obergeschoß waren die Verwaltungs­kanzlei und Wohnräume der Beleg­schaft, im zweiten Oberge­schoß weitere Büro- und Wohn­räume und im dritten Stock ausschließlich Wohnungen ein­gerichtet.

Der Arkadengang, durch den die Opfer vom An­kunfts­bereich im Westen des Schlosses zum Auskleideraum gebracht wurden, war mit Holzbrettern vom Innenhof des Schlosses abgetrennt. Zum einen sollte dies als **Sichtbarriere** zwischen Opfern und Personal dienen und zum anderen ein Weglaufen verhindern bzw. das Durchschleusen der zur Ver­nichtung vorgesehenen Menschen erleichtern. Zur Abschot­tung nach außen wurden die Fenster im Erdgeschoß blick­dicht verschlossen.[[5]](#footnote-5)

Die **Gaskammer**, auf der Ostseite des Schlosses, welche den Eindruck eines Duschraums machen sollte, war durch eine Stahltür vom so genannten Aufnahmeraum getrennt und hatte anfangs einen Holzfußboden sowie hölzerne Sitz­ge­legenheiten. Später wurde der Boden betoniert und verfliest. Auch auf die Seitenwände kamen Fliesen.[[6]](#footnote-6) An der Decke be­fanden sich drei Brausen, das Fenster war mit einem Scheren­gitter versehen[[7]](#footnote-7), welches sich noch heute an seinem Platz be­findet.

Von der Gaskammer führte wiederum eine Stahltür in den Technikraum mit den Gasflaschen, von wo aus die Einleitung des Gases gesteuert wurde.[[8]](#footnote-8) Eine dritte Tür führte aus der Gaskammer in den Schlosshof. Diese Tür wurde vermauert, jedoch baute man ein Guckloch ein, durch das die Vorgänge im Raum beobachtet werden konnten.[[9]](#footnote-9)

Zwischen dem Technikraum und dem Krematoriumsraum befand sich noch der **Leichenraum**. Hierhin brachte man die Leichen vor der Verbrennung und entfernte jenen Körpern, die mit einem Kreuz versehen waren, die Goldzähne.[[10]](#footnote-10) In einem auf der gegenüberliegenden Seite des Hofes einge­richteten Sezierraum wurden vom Arzt ausgewählte Leichen seziert und Gehirne entnommen.[[11]](#footnote-11)

Die Vermutung, in Hart­heim hätten auch Experimente an Lebenden stattgefunden, kann nicht eindeutig bestätigt werden.[[12]](#footnote-12) Die Tötungsanstalt wurde mit einem eigenen Krematoriums­ofen ausgestattet. Der mit Koks beheizte Ofen verfügte über zwei Kammern („Muffeln“), in denen insgesamt bis zu acht Tote gleichzeitig verbrannt worden sein sollen.[[13]](#footnote-13)

## Der Vernichtungsvorgang

**Transporte zur Tötungsanstalt:** Hartheim war die dritte Tötungsanstalt der **NS-Euthanasieaktion „T4“**, die im Deutschen Reich in Betrieb ging. Behinderte und psychisch kranke BewohnerInnen von oberösterreichischen Pflege- und Behinderteneinrichtungen waren die ersten Opfer, die ab Mai 1940 zur Ermordung nach Hartheim gebracht wurden. Zuvor wurden sie **mit Hilfe eines Meldebogens durch Ärzte oder das Pflegepersonal** in den Anstalten erfasst und zentral durch T4-Gutachter (Ärzte, Anstaltsleiter und Professoren) als ar­beits- und leistungsunfähig bzw. unheilbar eingestuft. Die Ein­­stufung passierte auch willkürlich - und die Opfer wurden somit zur Tötung freigegeben.[[14]](#footnote-14)

Die Transporte aus den größeren Anstalten kamen zumeist mit der Eisenbahn nach Linz. Direkt am Haupt­bahnhof in Linz selektierten der Leiter der Tötungs­anstalt Hartheim, Dr. Rudolf Lonauer, oder sein Stellvertreter, Dr. Georg Renno, jene Menschen, die sofort in Hartheim ge­tötet werden sollten. Die übrigen Personen kamen vor­über­gehend in die „Gau-Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart“ in Linz. Die Dauer des Aufent­halts in Niedernhart war nur kurz, zumeist nur wenige Tage, und richtete sich „[…] nach Maßgabe der Kapazitäten der Tötungsein­richtung“.[[15]](#footnote-15)

Die Transporte aus Linz ins ca. 18 km entfernte Hartheim wurden mittels **Bussen** und Fahrern, die beide von der Reichs­post stammten, vorgenommen. Parallel zu den großen Eisenbahntransporten gab es aber auch über längere Distan­zen Bustransporte. Vor allem in kleineren Anstalten holte man die für die Vernichtung selektierten Personen mit dem Bus ab. Für den Transport standen in Hartheim ständig drei Busse in Bereitschaft, deren Fenster nach einiger Zeit des Fahrbetriebs undurchsichtig gemacht worden waren.[[16]](#footnote-16)



In Hartheim eingesetzter Bus mit Chauffeur (Datum der Aufnahme unbekannt)

**Die Ankunft in Hartheim:** Am Anfang waren die Busse noch durch das Tor des Wirtschaftstraktes bis vor den Hauptein­gang des Schlosses gefahren. Da man jedoch nach einiger  
Zeit größere Mercedesbusse verwendete, die nicht mehr durch die Toreinfahrt passten, wurde an der Westseite des Schlosses ein Holzschuppen gebaut.[[17]](#footnote-17)

Dieser diente auch der Abschirmung von der Umgebung und der Vereitelung von Fluchtversuchen der herangebrachten Menschen.Nach ihrer Ankunft in Hartheim wurden die Opfer ausgekleidet und in den so genannten **Aufnahmeraum** in der Nordostecke des Erdgeschoßes geführt. Die als „Pflegerin“ in Hartheim tätige Maria Lambert beschrieb das Prozedere nach dem Verlassen der Busse folgendermaßen: „Die Kranken wurden aus dem Omnibus in den sog. Entkleidungsraum ge­führt. Sie mussten sich dort nackt ausziehen. Die Kleider der Kranken wurden zu­nächst einzeln zusammengewickelt und dann auf die Kam­mer gegeben. Wir Pflegerinnen zogen jeden der Kranken ein­zeln aus. Wir erzählten ihnen, sie kämen nun in ein Säube­rungs­bad. Die Kranken waren aufgrund dieser Schilderung völlig arglos. Nach der Entkleidung wurden die Kranken ein­zeln oder zu zweit dem Arzt vorgeführt.“[[18]](#footnote-18)

Der Arzt nahm Einsicht in die Krankenakten, während eine Pflegeperson den Vorgeführten mit einer laufenden Nummer stempelte und jene Personen zusätzlich mit einem Kreuz auf dem Rücken kennzeichnete, bei denen Goldzähne vorhanden waren. Dann wurden die Personen in einen nebenan befind­lichen Raum geführt und fotografiert.[[19]](#footnote-19) In Ausnahmefällen sollen „der eine oder andere Kranke zurückgestellt […] und wieder in die Anstalt zurückgeführt“ worden sein.[[20]](#footnote-20)

**Der Vergasungsvorgang und die Verbrennung im Krema­torium:** Nach diesem „Aufnahmevorgang“ brachte man die Opfer unter dem Vorwand, sie würden geduscht, in die Gas­kammer. Die Stahltüre wurde geschlossen und der je­weilige Arzt[[21]](#footnote-21) leitete Kohlenmonoxyd in die Gaskammer ein, so der ehemalige Brenner Nohel.[[22]](#footnote-22) Die Zeitspanne bis zum Ein­treten des Todes dauerte laut Zeugenaussagen 10 bis 15 Minuten.[[23]](#footnote-23) In der Regel wurden 30 bis 35 Personen zugleich in die Gas­kammer gebracht.[[24]](#footnote-24) Bei größeren Transporten kam es aber auch vor, dass mehr Menschen in den ca. 25 m² großen Raum gepfercht wurden.[[25]](#footnote-25) Insgesamt ermordete man in Hartheim laut der **so genannten „Hartheimer Statistik“**, einem 1945 im Schloss gefundenen Dokument aus der T4-Verwaltung, während der „Aktion T4“, die hier bis zu ihrer allgemeinen Einstellung Ende August 1941 andauerte, 18.269 Menschen.[[26]](#footnote-26)

Nachdem die **Entlüftung der Gaskammer** durchgeführt worden war, mussten die Heizer („Brenner“) die Leichen aus der Gaskammer in den Totenraum bringen.

Dieser Raum lag zwischen dem kleinen Raum mit den Gas­flaschen und dem Krematoriumsraum. Über diese Tätigkeit gab der „Brenner“ Vinzenz Nohel zu Pro­tokoll: „Das Weg­bringen der Toten vom Gasraum in den Toten­raum war eine sehr schwierige und nervenzer­mür­bende Arbeit. Es war nicht leicht, die inein­ander ver­krampften Leichen auseinander zu bringen und in den Totenraum zu schleifen. Diese Arbeit wurde anfänglich auch insoferne erschwert, als der Boden holprig war und als man den Boden betonierte, rauh gewesen ist. […] Später als der Boden befliest war, haben wir Wasser aufgeschüttet. Dadurch war die Beförderung der Toten be­deutend leichter. Im Totenraum wurden die Leichen aufge­schichtet.“[[27]](#footnote-27)

Wenn an manchen Tagen 100 bis 120 Menschen ankamen, konnte es auch zwei bis drei Tage dauern, bis alle Leichen verbrannt waren. Vor der Verbrennung brachen die Krema­toriums­ar­beiter wie erwähnt den speziell markierten Kör­pern noch die Goldzähne aus dem Mund. Manche Leichen wurden **vor der Verbrennung seziert**. Entnommene Ge­hirne wurden haltbar gemacht und zum Zwecke der For­schung verschickt. [[28]](#footnote-28)

Da die Körper bei der **Verbrennung** nicht vollständig zu Asche zerfielen, wurde eine elektrische Knochenmühle ein­gesetzt. Ein Teil der Asche wurde in den Urnen, welche je­weils rund 3 kg fassten, versandt.[[29]](#footnote-29) Die übriggebliebene **Asche füllte man in Säcke** und brachte sie mit einem in Hartheim stationierten Lieferwagen zur Donau,[[30]](#footnote-30) zeitweise wurde Asche auch auf dem Dachboden gelagert.[[31]](#footnote-31) Die für die Angehörigen be­stim­mten Urnen wurden wahllos befüllt.[[32]](#footnote-32)

**Die Verständigung der Angehörigen:** Nach der Ermordung der Opfer gestaltete sich die bürokratische Abwicklung der Todesfälle in Hartheim wie in den anderen Tötungsanstalten der „T4“.

Die Sterbefälle wurden aus Tarnungsgründen in einem eigens eingerichteten Sonderstandesamt beurkundet und die Ange­hörigen sowie die zuständigen Behörden ver­ständigt. Die Sterbeurkunden und -benachrichtigungen ent­hielten falsche Todesursachen und -daten.[[33]](#footnote-33)



Anlässlich einer Hochzeit in Hartheim entstandenes Bild (September 1940). V. l. n. r.: der Trauzeuge Christian Wirth, Büroleiter der Tö­tungsanstalt Hartheim (ab 1942 Inspekteur der Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“), der stv. Büroleiter Franz Reichleitner (ab 1942 Kommandant des Vernichtungslagers Sobibor), die Braut Elisabeth Vallaster, geb. Gust („Pflegerin“ in Hartheim), der Bräuti­gam Josef Vallaster, Krematoriumsarbeiter in Hartheim (ab 1942 Aufseher in Sobibor, 1943 beim dortigen Häftlingsaufstand getötet) und die Trauzeugin Gertrude Blanke („Oberschwester“ in Hartheim)

## Wahrnehmung, Auswirkungen und Kontinuitäten

Die zahlreichen ankommenden Busse, der aufsteigende Rauch aus dem Kamin und die damit verbundene Geruchs­be­lästigung sowie die Transporte der Asche und Knochenreste zur Donau bewirkten, dass die Bevölkerung in der Umgebung **relativ schnell Kenntnis über die Vorgänge im Schloss er­langte**. Einige BewohnerInnen in unmittelbarer Umgebung hatten mit dem Personal Kontakt und wussten daher über die Morde Bescheid.[[34]](#footnote-34) Karl Schuhmann, Mitglied einer Wider­stands­gruppe, lebte in unmittelbarer Nachbarschaft des Schlosses und berichtete von einer großen schwarzen  
Rauch­wolke aus einem von außen nicht sichtbaren Schornstein nach der Ankunft von Transporten und  
von zeitweiligem fürchterlichen Verbrennungsgeruch.[[35]](#footnote-35)

Auch die Pfarrchronik Alkoven vermerkte den häufigen Rauch und den „penetranten Gestank“. Bei den Transporten zur Donau gingen des Weiteren öfters Aschen- und Knochen­reste verloren. Diese wurden zum Teil am Wegrand von der Bevölkerung zu kleinen Haufen geformt.[[36]](#footnote-36)

Nach dem Ende der „Aktion T4“ im August 1941 wurden bis Ende 1944 rund 10.000 KZ-Häftlinge und Zwangs­ar­bei­terInnen ermordet. Nach dem Ende der Morde wurden die **Tötungsanlagen entfernt** und die Täter versuchten die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen.[[37]](#footnote-37) Im Juni und Juli 1945 er­folgte die erste Untersuchung der Morde im Schloss Hartheim durch ein Team der US-Army.[[38]](#footnote-38)

Der OÖ. Landes-Wohltätigkeitsverein plante nach der 1948 erfolgten Rückgabe des Schlosses in demselben **wieder eine Behinderteneinrichtung zu betreiben**, konnte aber sein Vor­haben nicht sofort umsetzen. Der ehemalige Direktor der Hart­­heimer Behinderteneinrichtung Mittermayer führte 1957 in einem Brief aus: „Das Jahr 1938 brachte Beschlagnahme und Enteignung und die 182 Pfleglinge gingen buchstäblich  
in Rauch auf und das Schloß wurde eine Brandstätte ganz singu­lärer Art: von überall her kamen große, fenster­ver­hängte Autobusse, vollbesetzt mit Menschen, die nach wenigen Stunden nur mehr ein Häuflein Asche bildeten.“[[39]](#footnote-39)

**Eine Aufarbeitung der Geschehnisse im Schloss gab es vorerst nicht**. Ab 1954 bewohnten nach einem Donau­hoch­wasser Hochwassergeschädigte, später bis zu 30 Miet­par­teien das Schloss. 1965 begann der OÖ. Landes-Wohl­tätig­keitsverein (heute GSI Gesellschaft für soziale Initiativen)  
in unmittel­barer Nähe mit dem Bau einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen, dem **Institut Hartheim**. Der Trägerverein sah das neue Institut als „lebende Sühnestätte für alle Opfer im Schloss Hartheim“.[[40]](#footnote-40) 1969 wurde im Schloss eine erste Gedenkstätte für die Opfer der Morde errichtet.[[41]](#footnote-41)

1997 beschloss das Land Oberösterreich das Schloss zu einem **Lern- und Gedenkort** umzuwandeln und begann 1999 mit der Übersiedlung der im Schloss lebenden MieterInnen in Ersatzwohnungen.

Seit einer Sonderausstellung des Landes Oberösterreich im Jahr 2003 ist das völlig renovierte Schloss Hartheim ein Lern- und Gedenkort und wurde 2010 von über 17.000 Menschen, im besonderen Maße von SchülerInnen, besucht. Tendenz steigend.

# Der blinde Fleck

Ernst Klee (geschrieben 1995)

Wie Lehrer, Ärzte und Verbandsfunktionäre die „Gebrech­lichen“ der Verstümmelung und der Vernichtung aus­lieferten. Bis heute hält sich die Legende, den Blinden sei im „3. Reich“ nichts geschehen. Doch viele der „Lichtlosen“, wie auch der Gehörlosen und „Taubstummen“, wurden zwangs­sterilisiert oder starben in den Mordanstalten der Nazis.

Fritz Hartmann, von Geburt an blind, ist in der Nazizeit aufge­wachsen. In seiner Umgebung wurde Hitler als Messias ver­ehrt. Das Horst-Wessel-Lied („Die Fahne hoch“) konnte der Fritzel auswendig, sang es begeistert mit. Nur die Zeile „Der Tag für Freiheit und für Brot bricht an“ wollte nicht über seine Lippen. Mit seiner ebenfalls blinden Schwester Else be­suchte er die Blindenschule in Ilvesheim bei Mannheim. Dort paukten ihnen sehende Lehrer ein: „Ich bin geboren, deutsch zu fühlen, bin ganz auf deutsches Denken eingestellt.“

Deutsches Denken ließ sich im **Gesetz zur Verhütung erb­kran­ken Nachwuchses** von 1933 studieren. Das „Erb­gesund­heits­gesetz“ legalisierte die Zwangs­sterili­sierung von insge­samt 400.000 psychisch Kranken, Behinderten und „sozial Läs­tigen“. Fritz Hartmann erinnert sich noch heute: „Ich hatte Angstträume und wunderte mich, daß die Lehrer und auch die Blinden so feige waren und nicht wenigstens sagten, ihr Nazis seid Schweine.“ Unter den Sterilisierten war auch die Freundin seiner Schwester: „Daß man dieses stille, gescheite Mädel, das im übrigen später mehr als fünfzig Jahre lang Or­ga­nistin in ihrer Kirchengemeinde war, sterilisiert hat, zeugte doch davon, daß das Schweine waren, die so etwas taten.“

Hartmann ist nach eigener Einschätzung einer der wenigen Blinden, welche die Nazizeit nicht ausblenden. So erzählt er auch, daß er 1936 in den HJ-Bann B (Blinde) gekommen ist. Daß es blinde Hitlerjungen gab, wissen nicht einmal NS-Forscher. Krüppel-Funktionäre und Son­der­pädagogen, manche sicher im Glauben, etwas Gutes zu tun, kämpften schon früh um die Aufnahme der „Ge­brech­lichen“ in die HJ.

## Sonderbann und Pimpfenprobe

Für Blinde, Gehörlose und „Taubstumme“ wurde 1934 je ein „**Sonderbann**“ zugelassen. Die Körper­behinderten folgten 1935. Die Hilfsschüler durften erst 1936 das „Ehrenkleid des Führers“ anlegen. Voraussetzung war das Bestehen der „**Pimpfen­probe**“, die neben sport­lichen Leistungen die Kennt­nis etwa des Horst-Wessel- und des HJ-Fahnen-Liedes ver­langte. Der **Bann K (Körper­behinderte)** wurde bereits 1937 wieder aufgelöst.

Am eifrigsten betrieben Lehrer der Staatlichen Blinden­an­stalt Berlin-Steglitz die Aufnahme der „Lichtlosen“ in die HJ. Einer von ihnen war Hellmuth Söllinger, SA-Mann seit 1928, ein, wie er sich selbst rühmte, „alter National­sozialist und junger Blindenlehrer“. Schon in den ersten Wochen der NS-Herr­schaft, im Februar 1933, war in der ältesten deutschen Blin­denschule die blinde HJ ge­gründet worden.

Wenige Monate später, im Dezember 1933, erschien der Weck­ruf, der sich im Untertitel „**Mitteilungs­blatt für die Hitler-Jugend aller deutschen Blinden­an­stalten**“ nannte. Das Blatt wurde in Punktschrift gedruckt, mußte aber zwecks Zensur in Schwarzschrift übersetzt werden. 1934 wurde das Steglitzer Blindenblatt zum amtlichen Organ der Reichs­jug­endführung für die blinde Hitlerjugend (Zeitschrift für die national­sozialistische blinde Jugend).

Sonderschulrektor Uwe Benke („Wie blind ist die blinde Hitler­jugend?“) hat die Geschichte der Steglitzer Blinden-HJ aufgearbeitet. Zwei Photos aus dem Anstaltsalltag er­scheinen geradezu makaber: Die eine Aufnahme zeigt blinde Mädchen, die im Rassekundeunterricht sogenannte Rasseköpfe („Neger“) betasten. Das andere Bild zeigt blinde HJ-Ange­hörige, die mit leerem Blick den Hitlergruß üben. Die „Licht­losen“ durften Uniform tragen, mußten aber die HJ-Armbinde durch die Blindenbinde (drei schwarze Punkte auf gelbem Tuch) ersetzen. Blinde mit schweren körperlichen Gebrechen durften das braune „Ehrenkleid“ zwar anziehen, aber das An­staltsgelände nicht verlassen. „Schwachsinnigen“ Blinden war die Auf­nahme in die HJ grundsätzlich versagt. Ein Päda­goge: „Jungen, die rechtsum und linksum nie lernen, kann die HJ nicht gebrauchen + Der Hitlerjunge in seiner schmucken Uni­form darf in seinem Gesicht keine Züge geistiger Ver­blö­dung tragen.“

Ein Blinder erkannte schon früh die braune Gefahr: Rudolf Kraemer, der dank reicher Eltern eine allgemeine Schule besucht und in Jura und Philosophie promoviert hatte. Im Februar 1933 erschien seine Schrift „**Kritik der Eugenik vom Standpunkt des Betroffenen**“. Hellsichtig warnte Kraemer davor, „nur aus Gründen der Nützlichkeit dem höchsten Rechtsgut, dem Leben, den Schutz zu entziehen“.

Der Marburger Ordinarius für Hygiene, Professor Wilhelm Pfannenstiel, konterte in den Beiträgen zum Blindenwesen, der nationalsozialistische Staat habe durchaus das Recht, „zur Gesundung des Volksganzen unbrauchbare Elemente auszu­merzen“. Pfannenstiel wurde SS-Standartenführer und be­ratender Hygieniker der SS. Im August 1942 be­gaffte er im Vernichtungslager Belzec die Vergasung der Juden durch ein Guckloch. Der blinde Rudolf Kraemer starb im Juli 1945 ge­brochenen Herzens. Der verblendete Pfannenstiel lobte in einer Zeugenaussage noch 1960 die „sauberen sanitären Ein­richtungen“ der Mordstätte.

Die NS-Zeit blieb unter den Blinden lange tabu. Erst 1986 er­schien im Buchhandel eine Doktorarbeit über „Blindheit und Eugenik“. Verfasser ist der Psychiater Gabriel Richter, der durch seinen kriegsblinden Schwiegervater auf das Thema gekommen war. Richter wurde massiv angegriffen, weil aus­gerechnet ein Sehender den blinden Fleck in der Vergangen­heit thematisiert hatte.

Die heftige Reaktion läßt sich erklären: Willfährig hatten 1933 die (gleichgeschalteten) **Behindertenverbände das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses begrüßt**. So beteuerte der Verein der blinden Akademiker, das Sterili­sie­rungsgesetz um der Zukunft des deutschen Volkes willen „rückhaltlos“ anzuerkennen. Blinde sollten „dieses Opfer in innerer Freiheit“ bringen. Carl Strehl, Begründer der Ver­einigung der blinden Akademiker und der Mar­burger Blin­denstudienanstalt, schlug sogar vor, Blinde als Gutachter an den Sterilisierungsgerichten einzusetzen: „Durch dieses Ver­fahren würde den betroffenen Blinden ein Teil ihres unbe­rech­tigten Mißtrauens genommen.“

Bis heute hält sich die Legende, den Blinden sei im „3. Reich“ nichts geschehen. Doch in den Akten der Psychiatrie im  
fränk­ischen Ansbach, die eine regelrechte Tötungs­ab­teilung hatte, finden sich Eintragungen über „verstorbene“ Kinder; „(blind!) lacht bei Besuch der Mutter“ oder: „(blind!), gut­mütig, zu­frieden“. In der hessischen Mord­anstalt Hadamar (nahe Limburg) sind 1944 fünf „Insassen“ der Blinden-Anstalt Frankfurt am Main getötet worden. Bei fast allen, so die Aus­kunft der Gedenkstätte Hadamar, lautete die Diagnose: „Außer mit Blindheit mit keiner Krankheit behaftet“.

Die Blinden starben etwa zwei Wochen nach ihrer Ein­lie­ferung. Am längsten, nämlich fast vier Wochen, über­lebte ein blinder Arbeiter mit schwammiger Diagnose: „ein gewisser Grad von Imbezillität“. Der graduell Schwach­sinnige hatte von 1934 bis 1942 in der Frankfurter Blinden-Anstalt gelebt und als Mattenflechter gearbeitet. 1942 war er in die Anstalt Eich­berg bei Wiesbaden ge­kommen, die in der Bevölkerung als Mordstätte verschrien war. Verzweifelt bat der Matten­flechter die Blinden-Anstalt um eine Rückverlegung. Die Frankfurter Anstalt informierte daraufhin die Eichberger Psychiatrie: „Er gibt an, daß ihm das Leben in der Landes­heilanstalt Eichberg unerträglich sei. Solange W. in unserer Anstalt war, hat er uns ständig Schwierigkeiten bereitet + Ich bitte hiermit, dem Obengenannten eröffnen zu wollen, daß wir ihn auf keinen Fall in unser Heim zurücknehmen.“ Der Blinde wird am 12. November 1944 nach Hadamar verlegt, sein Tod am 14. Dezember 1944 beurkundet.

## Hackordnung der „Minderwertigen“

In der Hackordnung der „Minderwertigen“ rangierten die Hör­behinderten hinter den Blinden. Es gab Gehörlose, die der NSDAP beitraten, weil sie hofften, als Parteigenosse der Steri­lisierung zu entgehen. Die „Gehörgebrechlichen“ fanden in ihrer Verzweiflung kaum Beistand. Eine berliner Fürsorgerin des Reichsverbandes der Gehörlosen Deutsch­lands e.V. mel­dete beispielsweise eine 25jährige Taube beim Erb­gesund­heits­gericht zur Sterilisierung. „Als Fürsorgerin des Reichs­ver­bandes, die zugleich auch Partei­genossin ist“, denunzierte sie die verheiratete Frau: „Sie soll versuchen, um den Eingriff herumzukommen, indem sie angibt, daß sie nicht ertaubt ist.“

Der **Reichsverband der evangelischen Taubstummen-Seel­sorger Deutschlands** forderte in einem Aufruf sogar von seinen Schützlingen: „Denke an die Zukunft Deines Volkes und bringe dieses Opfer.“ Der Ratschlag der Pastoren: „Wir wissen, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen.“ Eine der wenigen, die wenigstens einmal Anteil­nahme erlebte, ist die gehörlose Fanny Mikus. Sie wurde trotz Sterilisierung schwanger, mußte ihr Kind abtreiben lassen. Ihr Widerstand wurde mit ärztlicher Brachialgewalt ge­brochen. Nach der Operation weinten Krankenschwestern an ihrem Bett. Kommentar einer der Schwestern: „Die spinnt.“

Niemand hat das Leid der Gehörlosen und die Liebe­dienerei der Funktionäre intensiver erforscht als der Bremer Gehör­losen­lehrer Horst Biesold. Sein Buch „**Klagende Hände**“  
ist 1988 erschienen, seitdem fühlt er sich geächtet. Die „Paulinen­pflege“ im württembergischen Winnenden öffnete Biesold allerdings ihr Archiv. In dieser Einrichtung der Inneren Mission hatte sich Parteigenosse Pastor Müller als „Rassenpfleger“ betätigt. So drängte er 1939 das Erbgesund­heitsgericht in Stuttgart, das ab­schließende Urteil über eine vierzehnjährige Gehörlose zu schicken: „Ich bitte um baldige Zusendung des Endgültig­keits­zeugnisses, damit die Unfrucht­barmachung noch mög­lichst zeitig vor der Konfirmation durch­geführt werden kann.“

Aus der „Paulinenpflege“ wurden 1941 sieben Bewohner zur Vergasung in Hadamar abgeholt. Aus der Taub­stummen- und Fürsorgeanstalt der Ziegler'schen Anstalten in Wilhelmsdorf (Kreis Ravensburg) wurden siebzehn Zöglinge abtrans­por­tiert. Vergebens hatte Heimleiter Heinrich Hermann einge­wandt, die „Taubstummen“ könnten zwar „nicht in der Welt draußen ihr eigenes Brot verdienen“, leisteten aber wirklich nützliche Arbeit. Einer kehrte später zurück, die anderen starben in der Gaskammer von Hadamar.

Die als „minderwertig“ Gebrandmarkten durften kein Mit­ge­fühl und schon gar keine Solidarität erwarten. So diffamierten sie ihrerseits andere: **die „Kriegsblinden“ gingen in der Sterili­sie­rungsdebatte schon 1933 auf Distanz zu den „Zivil­blin­den“**: „Uns ... geht diese Streitfrage nur sehr wenig an", heißt es in der Zeitschrift „Der Kriegsblinde“. Denn: „Kriegser­blin­dung ist kein Erbübel.“

Die Sehschwachen distanzierten sich wiederum von den Blinden, die Schwerhörigen von den Gehörlosen. So wurde 1936 eine eigene Schwerhörigen-HJ gegründet. Im Hör­behin­dertenblatt „Der Kämpfer“, das sich im Untertitel „Deutsche Zeitschrift für Schwerhörige und Ertaubte“ nannte, hatte schon 1934 eine Betroffene den Nachweis zu führen versucht, Schwerhörige seien bessere Nazis; „Der National­sozialismus soll aus der Tiefe erfaßt werden, ... In dieser Hinsicht ist aber der Schwerhörige dem Gut­hörenden oft weit voraus.“

Auch taube Gehörlosenfunktionäre arbeiteten den Nazis zu. Einer von ihnen war Fritz Albreghs, Reichsbundesleiter des Reichsverbandes der Gehörlosen Deutschland, der sich in NS-Uniform auf einer Postkarte verewigen ließ. Im Kämpfer be­zichtigte sich 1934 ein Hörgeschädigter, er sei für die „Quali­tät des Volksbestandes“ untragbar und habe sich deshalb sterilisieren lassen. Die gehörlose Emilie Klüsener-Esch, 1932 der NS-Frauenschaft beigetreten, ließ sich freiwillig sterili­sieren, obwohl sie, so Biesold in seinem Buch „Klagende Hände“, aus einer „erbgesunden“ Familie stammte.

Gabriel Richter fand im Archiv der Marburger Blinden­studien­anstalt die Selbstanpreisung einer sterilisierten Schülerin („Ich trage für euch das Mutfähnlein“). Die Blinde: „Wer ist so verroht, daß er sein Leid in seinem Kinde wieder­holt sehen möchte?“

Die jüdischen Behinderten wurden schon früh verstoßen. Im Juli 1933 **führte der Verein der blinden Akademiker den Arierparagraphen ein**, wonach Juden nicht Mitglieder sein können.

Über das Schicksal dieser Blinden ist wenig be­kannt. Einer, Ludwid Cohn aus Breslau, wurde 1933 als Blinden­pfleger gefeuert: Ein jüdischer Blinder, hieß es zur Be­grün­dung, dürfe keine arischen Blinden betreuen. Cohn kam 1942 ins Ghetto Theresienstadt, wo damals etwa 1.200 Blinde zu­sammen­ge­pfercht lebten. Sie wurden nach und nach in Ver­nichtungs­lager wie Belzec oder Treblinka abtransportiert.

# Behinderte in der Gesellschaft

Manfred Srb (geschrieben 1996)

Einsteigen möchte ich mit einem Zitat von Peter Singer, aus­tralischer Wissenschaftler und Cheftheoretiker **der soge­nannten „neuen Euthanasie“**, einst engagierter Tierbefreier, der die Gleichstellung von Mensch und Tier propagiert. Er ver­tritt die Ansicht: „Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht“.

Mensch, so Singer, ist nämlich nicht gleich Mensch und weiters meint er in seinem 1984 erschienen Buch „**Prak­tische Ethik**“, daß „das Leben eines Neugeborenen (damit ist ein stark behindertes Kind gemeint) weniger Wert hat als das Leben eines Schweines, eines Hundes, eines Schim­pansen“.

Singer ist aber auch Direktor des „Centre for Human Bio­ethics“ an einer australischen Universität, die ein von der Wirtschaft stark gefördertes und weltweit bekanntes Institut für Gen- und Reproduktionstechnik besitzt. Mit seiner Ethik begründete Singer nun unter anderem auch, daß Labortiere durch menschliches „Material“ ersetzt werden können.

Singer war im Jahre 1989 auf Vortragstournee in Deutsch­­land - unter anderem sollte er auch an einer Großver­anstaltung der Lebenshilfe teilnehmen - wurde aber von AktivistInnen der Behindertenbewegung an seinen öffent­lichen Auftritten gehindert, was zu beträchtlichem Aufsehen führte.

## Singer in Österreich

Leider konnten wir uns in Österreich damals nicht so gut be­haupten: Singer wurde vom damals dar­nieder­liegenden „Club 2“ im ORF einge­laden, seine Thesen, die für die meisten Be­troffenen schlicht ein Aufruf zum Mord sind, über das Fern­sehen zu verbreiten. Heftige Proteste der öster­reich­ischen Behin­dertenbewegung, aber auch von anderen Engagierten (so etwa brachte das Dokumentationsarchiv des öster­reich­ischen Widerstandeseine Anzeige wegen Verdachtes der  
Pro­paganda für „Euthanasie“ ein) konnten die Redaktion jedoch leider nicht davon abbringen, die bereits vor­her aufge­zeichnete Diskussion auszustrahlen. Ich lehnte da­mals eine Einladung in den Club ab, weil ich nicht bereit war, über mein Lebensrecht zu diskutieren.

Damit stand auch für Österreich über Nacht das Thema „Ver­nichtung der Lebensunwerten“ wieder zur Diskussion: Ich und viele andere Betroffene wurden von dieser plötz­lich auf­tauchenden Bedrohung unseres Lebensrechtes geradezu über­rumpelt. In diesem Zusammenhang wurde auch der leider sehr zutreffende **Begriff der „neuen Behin­derten­feind­lichkeit“** geprägt, der immer noch Geltung hat.

Doch mit dem Auftritt Singers im Club 2 sollte es nicht genug sein: Ein Jahr später trat der deutsche Philosoph Georg Meggle am Innsbrucker Institut für Philosophie mit einem Vortrag über „**Philosophie und der Wert des Lebens**“ äußerst unangenehm in Erscheinung. Meggle - ein Sympa­thisant von Singer - vertritt die Ansicht, es wäre mög­lich, den Wert des menschlichen Lebens zu bestimmen und daher gebe es auch unwertes Leben. Wenn aber behin­derte Menschen unfähig seien, zu entscheiden, ob sie getötet werden wollen oder nicht, sei es ethisch be­gründ­bar, daß andere Personen unter Beurteilung der Situation des Betroffenen über die Tötung von behinderten Menschen entscheiden.

Dieser Vortrag konnte zwar nicht mehr verhindert werden,  
er löste aber Empörung und heftige Reaktion aus: In einem of­fenen Brief von Betroffenen hieß es „Meggle und Singer setzen damit eine Tradition der Nazis fort, auch wenn sie  
dies immer wieder heftig bestreiten“.

Ich stellte damals eine Parlamentarische Anfrage an den da­maligen Wissenschaftsminister, Erhard Busek, in der ich Meggles Stellung­nahme zu der von mir übersandten Mit­schrift seines Vortrages verlangte: Die Antwort war ver­nichtend!

Doch bereits einen Monat vorher sollte **Helga Kuhse**, eine Mitarbeiterin und Co-Autorin von Peter Singer an der NÖ. Landesakademie und am 2. anatomischen Institut der Uni Wien, einen Vortrag halten zum Thema „Tötungsverbot und Sterbehilfe: Moralische Fragen der Euthanasie“. Kuhse ver­tritt unter dem Motto „Einige Leben sind wertvoller als andere“, u. a. die Auffassung, daß die Tötung behinderter Säuglinge das Gesamtglück der Familie steigern würde und daher zu erlauben sei. Um diese Tötung übers Herz zu bringen, sollen sich die Eltern einreden, ihr Kind sei ja noch gar kein richtiger Mensch, der ein Recht auf Leben habe!

Diesmal gelang es uns, Aktivisten der Behinderten­be­wegung und Sympathisanten, die beiden **Vorträge zu ver­hindern**: Unter anderem forderten wir vom „Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen“ eine Erklärung von den Veran­stal­tern, daß das menschliche Leben unantast­bar ist und „unan­tastbar bleiben“ muß und hielten fest, daß die „Freiheit der Wissenschaft ... zumindest ethische Grenzen“ hat. Zu meinem Protesttelegramm erklärte der Dekan der Medizi­nischen Fakultät, Otto Kraupp, gegen­über dem STANDARD, er habe „gar nicht gewußt, wer das sei“ und veranlaßte die Ab­setzung der Vorlesung. Unseren damaligen Erfolg hatten wir zu einem guten Teil auch dem STANDARD zu verdanken, von dem ich über die Vorträge informiert worden war, und dann den Wider­stand organisieren konnte.

Einen neuen Höhepunkt erreichte der Streit um die neue „Euthanasie“-Debatte in Österreich mit der Ankündigung,  
das **15. Internationale Wittgenstein-Symposium** solle im Sommer 1991 in Kirchberg a. Wechsel unter dem Thema „Angewandte Ethik“ stehen: Dabei sollten - Sie werden es bereits ahnen - unter anderem Peter Singer, Georg Meggle sowie noch weitere Wissenschafter, welche die Thesen Singers schon bisher in der Öffentlichkeit vertreten oder unterstützt haben, zu Wort kommen.

Diese Ankündigung löste bei uns Betroffenen Wut und Em­pörung aus und wir setzten alles daran, um die Auftritte der „Euthanasie“-Befürworter zu verhindern: Wir pro­tes­tier­ten beim Veranstalter, kündigten Protest­aktionen am Tagungs­ort an und ich richtete abermals eine Parla­mentarische Anfrage an den Wissenschaftsminister in der ich Auskunft darüber wollte, in welcher Höhe diese Veran­staltung vom Ministerium subventioniert wird. Die Dinge eskalierten und schließlich wurde die ganze Veran­staltung abgesagt. Natürlich gab es auch keine Sub­ventionen. Diese **Absage hatte eine um­fas­sende Debatte im STANDARD zur Folge**. Dabei fand sich zwar kein Philosophieprofessor, der die Thesen von Singer und Meggle direkt unterstützt hat, dafür wurde aber allen „Euthanasie“-Gegnern Demokratie­feindlichkeit vorgeworfen; von einem wurde gar der „Einsatz der Polizei“ (!) gegen uns gefordert.

Es gibt - ob wir dies nun wahrhaben wollen oder nicht - auch bereits in Österreich wieder eine „Euthanasie“-Praxis und ich werde Ihnen jetzt einige Beispiele dafür bringen:

* Durch das sogenannte „Liegenlassen“ von schwerbe­hin­derten neugeborenen Kindern in Spitälern werden diese oft sogar ganz offiziell dem Tode durch Ver­hun­gern, Er­sticken oder nicht durchgeführter not­wen­diger Behand­lung preisgegeben. In Deutschland geschieht dies mehr als 1.000mal pro Jahr, von Öster­reich liegen keine Zahlen vor - wahrscheinlich will das auch niemand so genau wissen.
* Die „Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben“, die das Recht auf den eigenen Tod propagiert, treibt auch in Österreich ihr Unwesen. Sie bietet ihren Mitgliedern Sterbehilfe mittels Zyankali an.
* Genetische Beratungen und Vorsorgeuntersuchungen werden mit dem Ziel angeboten, behinderte Kinder VOR der Geburt festzustellen; damit sie dann auf ärztliche Empfehlung abgetrieben werden. Das Bundes­minister­ium für Gesundheit bezeichnet dies „als vordringliche Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit“ - kommt Ihnen dieser Ausdruck auch bekannt vor? (BGBl 274/81)

Dazu passen auch die Zwangssterilisationen, die es leider noch immer gibt: In Deutschland wurde vor einigen Jahren geschätzt, daß jährlich mehr als 1.000 geistig behinderte Frauen und Mädchen sterilisiert werden. Vermutlich ist die Zahl jedoch noch wesentlich höher, da es **keine statistische Erfassungen** gibt. In Österreich, es existieren - Sie wissen das jetzt schon - nicht einmal Schätzungen, soll die Zahl bei etwa 100 Menschen pro Jahr liegen.

Ein sehr prominenter Verfechter dieses schwerwiegenden Ein­griffes war ja be­kannt­lich **Prof. Andreas Rett**, zu dessen Zeiten als Leiter des Neuro­logischen Krankenhauses am Wiener Rosen­hügel **zahl­reiche Sterilisationen** durchgeführt wurden. Aber nicht nur an diesem Krankenhaus. Mit diesen Eingriffen wird eine Tradition aus der NS-Zeit fort­geführt. Diese Maßnahme ist auch deswegen besonders problema­tisch, weil sie ja **über­wiegend ohne Einwilligung der Be­troffenen** durchgeführt wird. Sehr häufig wird die Zustim­mung der Eltern unter Vor­spiegelung falscher Tat­sachen erschlichen oder es wird mo­ralischer Druck aus­geübt.

Erwähnt werden muß auch noch die sogenannte „**Aktive Sterbehilfe**“, wie sie in verschiedenen Ländern schon seit längerer Zeit stark diskutiert und etwa in Holland auch schon pra­ktiziert wird: Einige von uns werden sich noch an einen Beitrag im Fernsehen erinnern, der in einer sehr be­drücken­den und offenen Art deutlich machte, wie in den Nieder­landen praktisch damit umgegangen wird. Einer Studie zu­folge sind in diesem Land bereits vor mehreren Jahren rund  
2 % der Verstorbenen aufgrund von aktiver Sterbehilfe von Ärzten getötet worden. Unter „Aktiver Sterbehilfe“ versteht man eine gezielte Tötung durch physischen Eingriff, z. B. die Verabreichung einer lebens­verkürzenden Substanz mit Tötungsabsicht, um „Schmerzen und Leiden“ zu beenden.

Wie wir gesehen haben, zeigen sich in unserer Gesellschaft wieder Tendenzen, daß die Gemeinschaft verschiedene Gruppen, wie z. B. alte und behinderte Menschen, Kranke oder auch „Unproduktive“ nicht mehr tragen will. Eine ganz besondere Rolle - ich möchte sagen eine Vorreiter­rolle - spielt dabei die Wissenschaft: wie einst in der NS-Zeit sind Wissen­schafter auch heute wieder Wegbereiter der „Euthanasie“,  
d. h. der Ermordung behinderter Menschen.

Die Wissenschafter sagen auch heute wieder, was er­strebens­wert ist und was nicht, was brauchbar ist und was unbrauch­bar, was wert ist und „unwert“ ist. Bei einer Ideologie, wo Glück und Freiheit von Leid als aus­schließlich oberste Werte gelten, dort haben behinderte Menschen und Angehörige anderer Randgruppen keine guten Chancen.

Mit ihren Aussagen kommen die Wissenschafter aber auch allen jenen entgegen, **die in behinderten Menschen einen lästigen Kostenfaktor sehen**, der bei Kosten-Nutzen-Rech­nungen nur allzuoft den Kürzeren ziehen muß.

Der volkswirtschaftliche Nutzen dieser Ideologie der neuen „Euthanasie“ ist leider nicht von der Hand zu weisen. Die wirk­samste Waffe gegen diese menschen­ver­achtende und materialistische Ideologie kann wohl nur die **praktisch ge­lebte Integration**, können nur wirksame Bürgerrechte sein, die uns mit nichtbehinderten Menschen gleichstellen und  
die Sanktionen gegen Übertretungen vorsehen. Doch dazu komme ich später noch einmal.

Aber auch dort, wo es nicht um die unmittelbare Be­drohung unserer Existenz geht, dort, wo es um unseren Lebensweg, wo es um die Bewältigung unseres Alltags geht, werden wir nicht als gleichwertig angesehen, werden wir in unseren Ent­fal­tungsmöglichkeiten behindert, in unseren Entscheidungen bevormundet - kurz gesagt: wir werden diskriminiert. Dieselben Rechte, die von nichtbehinderten Menschen als selbstverständlich angesehen werden, werden behinderten Menschen **in vielfältigster Weise vorent­halten** und sie werden dadurch in ihren Lebens- und Ent­faltungs­möglich­keiten be­hindert.

Wenn es hier auch nicht um die Gefährdung unseres Lebens­rechtes geht, so geht es hier immerhin um unsere Lebens­qualität, um unsere Chancengleichheit, um unsere Bürger- und Menschenrechte!

Hier höre ich gleich wieder jene Stimmen (sie stammen durchwegs von Nichtbetroffenen, auch von sogenannten Fachleuten) die sagen „Aber da ist in den letzten Jahren doch eine Menge geschehen“ oder (vornehmlich von Zuschauern von „Licht ins Dunkel“) "Füa eich gschiacht eh so vü" etc. etc.

Dieselben Personen würden aber heftigst dagegen pro­tes­tie­ren, wenn sie die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr be­nützen könnten bzw. sie nur mehr mit einer Be­gleit­person benutzen dürften; wenn sie in einer Institution leben müßten, wenn sie nicht ohne fremde Hilfe das Haus verlassen könnten oder etwa wenn man sie vom Wahl­recht ausschließen würde. Jeder der hier anwesenden behinderten Menschen könnte Ihnen auf Anhieb einige Dutzend ähnliche Beispiele erzählen.

Zu den Orten, wo sich die Einschränkungen und Dis­kri­mi­nie­rungen besonders häufen und die Menschenrechte sehr weit entfernt sind, gehören zweifelsohne Heime und ver­gleichbare Institutionen. Behinderte Heim-„Insassen“ (nicht zufällig wird auch bei Gefängnissen von „Insassen“ gesprochen) werden hier **ausgesondert und unter dem Mäntelchen der be­son­deren Förderung bevormundet**, strenge Heim-„Ordnungen“ berauben sie noch ihrer letzten Grundrechte. Ganz besonders schlimm wirkt sich das dann in der Psychiatrie aus, wo be­hinderte Menschen mit Psycho­pharmaka oder mit Elektro­schocks zwangs­be­handelt werden und wo man sie in Gitter­betten sperrt.

Auch das ist Gewalt gegen behinderte Menschen - strukturelle Gewalt. Zum Glück hat die physische Gewalt gegen behinderte Menschen in Österreich längst nicht diese erschreckenden Aus­maße angenommen wie in Deutschland, aber auch bei uns berichten Betroffene davon, daß sie überfallen, mit Waffen be­droht und beschimpft werden. Immer wieder wird von Aus­sprüchen wie „**Dich hat auch der Hitler ver­gessen zu ver­gasen**“ berichtet. Da kann es auch schon mal vorge­kommen, daß ein fast blinder Beamter in einer Kon­ditorei am Schweden­platz in Wien mit den Worten: „Außi, außi. Wenn Sie sich umdrehen, schmeißen Sie ja alles um!“ des Lokals verwiesen wird. Der Mann wollte Weihnachts­bäckerei kaufen. Dies waren wegen der Kürze der Zeit nur zwei Kost­proben des „goldenen Wiener­herzens“.

## Wenden wir uns jetzt einigen Vergleichen zu

In New York kann ich als Rollstuhlfahrer an jeden Punkt der Stadt gelangen, weil dort sämtliche Busse mit einem Hublift ausgestattet sind, mit dem ich rasch und ohne frem­de Hilfe den Bus besteigen kann. In Wien ist dies nicht einmal mit den neuen Niederflurbussen möglich, weil sich die Stadtver­wal­tung und die zuständigen Politiker seit Jahren beharrlich weigern, die notwendigen Hublifte ein­zu­bauen. In San Francisco kann ich als gehbehinderter oder als rollstuhl­fahrender Mensch überall unbehindert hin­gelangen, weil so gut wie alle Gehsteige abgesenkt wurden. In Wien ist dies nicht einmal noch in der Innenstadt mög­lich. Und ich kann dort die meisten Geschäfte, Kinos und Restau­rants stufenlos erreichen und Behindertentoiletten gehören längst zum Standard. In Wien ist es genau umge­kehrt. Und schließlich kann ich in San Francisco in jeden Waggon der U-Bahn abso­lut stufenlos und ohne einen Spalt hineinrollen. In Wien macht dies ein bis zu 17 cm breiter Spalt in Kom­bination mit einer bis zu 15 cm hohen Stufe für die aller­meisten Rolli­fah­rerInnen unmöglich. Und selbstverständlich gibt es in den USA geeignete Vor­keh­rungen für sehbehinderte und blinde Menschen.

Nun wieder zu Österreich: Trotz einer einigermaßen brauch­baren „**ÖNORM für barriere­freies Planen und Bauen**“ weigern sich die für's Bauen in erster Linie zuständigen Länder seit vielen, vielen Jahren be­harrlich, **die wichtigsten Teile dieser Norm in ihre Bauord­nung aufzunehmen**. Und dann passiert es, daß ein mit 100 Millionen Schilling umge­bautes Kino in Wien (Apollo) nicht stufenlos erreicht werden kann. Oder daß der neue Hackinger-­Steg, welcher die West­aus­fahrt in Wien überquert, eine zu steile Auffahrtsrampe hat. Oder daß Res­tau­rants vor, aber nicht mehr nach ihrem Um­bau zugäng­lich sind ...

Bereits in 12 Staaten ist die Gebärdensprache als Mutter­sprache und als Unterrichtssprache für gehörlose Menschen anerkannt, in einigen Ländern sind gehörlose Menschen auch schon als sprachliche Minderheit aner­kannt - nichts davon bei uns: Österreich steht, sowohl was die Anerkennung als auch die Verbreitung und die staat­liche Förderung der Gebärden­sprache anbelangt, beinahe auf der Stufe eines Entwicklungs­landes!

Im Gegensatz etwa zum angelsächsischen Raum oder zu Skan­dinavien werden bei uns im gesamten öffentlichen Leben, in den Ämtern und Behörden, den Bildungsstätten, den Medien oder bei öffentlichen Großveranstaltungen so gut wie nie Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher einge­setzt. Und während in vergleichbaren Staaten (nicht nur in den wohlhabenden westlichen Staaten sondern auch in Ländern aus dem Bereich des ehemaligen Ost­blocks) schon seit vielen Jahren eigene Sendungen mit Gebärden­über­setzung über die Kanäle flimmern, heißt es bei uns noch immer: „ORF - bitte warten“.

In den USA können auch blinde Menschen ohne größere Pro­bleme am öffentlichen Leben teilnehmen. Dort gibt es kaum öffentliche Gebäude oder Aufzüge in U-Bahn Sta­tionen, in denen sich Blinde nicht orientieren können, weil es keiner­lei Beschriftungen in tastbaren Blockbuchstaben oder in der Braille­schrift gibt. In Österreich dagegen werden immer  
noch blinde Menschen mit Blinden­führ­hunden aus Ämtern und Behörden, ja selbst aus dem Parlament gewiesen. Denn: „Vurschrift is Vurschrift“.

Doch damit nicht genug, finden sich in unserem Lande Dis­kriminierungen selbst in Gesetzen, Verordnungen und Be­scheiden.

Ich könnte jetzt noch von sehr vielen Dingen berichten; etwa von unserem gemeinsamen Kampf um die Schaffung einer österreichweit einheitlichen **Pflegevorsorge**, die trotz ihrer Mängel einen wichtigen Beitrag zur Führung eines selbst­bestimmten Lebens darstellt, die aber jetzt - wenn es nach dem Willen der beiden Regierungsparteien geht - in ihrem ohnehin zu geringen Leistungsvolumen einge­schränkt werden soll.

Ich könnte Ihnen auch von unseren Anstrengungen er­zählen, mit denen wir verhindern wollen, daß behin­derte Menschen in ein unmenschliches Pflegeheim, etwa nach Lainz, abge­schoben werden, um dort bis an ihr Lebens­ende abgelagert zu werden, Bett an Bett mit alten, sterben­den Menschen. Denn es ist in unserer Gesellschaft leider immer noch so, daß zwar jede Menge Geld da ist zur Finanzierung eines Heim­platzes, aber zumeist viel zu wenig Geld dafür da ist, daß ein schwerbehinderter Mensch mit Hilfe Persönlicher Assistenz in seinen eigenen vier Wänden ein ganz normales, selbst­be­stimmtes Leben führen kann. Ohne Bevormundung und Gängelung, ohne Menschenrechtsverletzung am laufenden Band ...

Jedenfalls haben unsere gemeinsamen Erfahrungen - so­wohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene - gezeigt, daß wir, wenn wir wirklich eine grundlegende Veränderung wollen, **um unsere Bürger- und Menschen­rechte kämpfen müssen**.

Wir müssen ein **umfassendes Antidiskriminierungs- bzw. Gleichstellungsgesetz** mit einklagbaren Sanktionen er­kämpfen. Es muß ein Diskri­minierungsverbot für behinderte Menschen in die Bundes­ver­fassung aufgenommen werden und wir müssen bereits jetzt darangehen, die bestehenden Gesetze nach diskrimi­nierenden Bestimmungen abzuklopfen und deren Be­seitigung fordern.

Eines möchte ich Ihnen am Ende meiner Ausführungen noch sagen: **die Zeit des Wegschauens sollte vorbei sein**! Wenn uns die Rechte behinderter Menschen wichtig sind, wenn wir es damit ernst genug meinen, dann kommt es auf jede und jeden einzelnen von uns an - egal ob behindert oder nicht­behindert.

Wir alle wissen aus unzähligen per­sönlichen Erfahrungen  
und zeitgeschichtlichen Beispielen, wie wichtig persönliches Engagement und Zivilcourage sind und wieviel man damit erreichen kann. Reden wir uns nicht auf die anderen aus,  
ver­lassen wir uns nicht auf irgend­jemanden, seien wir keine Mit­läuferInnen, sondern nehmen wir die Dinge SELBST in die Hand.

# Umgang mit „Euthanasie“-Opfern

Martin Ladstätter (geschrieben 2012)

Ab den frühen 40er Jahren wurden in der damals als selb­stän­diger Teil des Krankenhauses Baumgartner Höhe ge­führten kinderpsychiatrischen **Einrichtung „Am Spiegel­grund“** behin­derte Kinder und Jugendliche systematisch getötet und deren Gehirne für „wissenschaftliche Unter­suchungen“ entnommen.

Die sterblichen Überreste der Spiegelgrund-Opfer wurden von Dr. **Heinrich Gross** - und anderen - bis 1980er in seinem „**Ludwig Boltzmann-Institut** zur Erforschung der Mißbil­dungen des Nervensystems“ zu Forschungszwecken benutzt.

Hunderte sogenannte „**Gehirnpräparate**“ lagerten danach im Keller der Pathologie des Psychiatrischen Krankenhauses auf der Baum­gartner Höhe.

Dr. Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes forderte 1996 den Wiener Stadtrat Sepp Rieder auf, dass „**statt einer anonymen Be­stattung** auch in Österreich Ange­hörige der Opfer gesucht und über das bis heute ver­schwiegene Schicksal der Er­mordeten und ihrer Leichenteile informiert werden.“[[42]](#footnote-42)

Dass es noch mehr aufzuarbeiten gab, wurde von den verantwortlichen Medizinern verheimlicht. 1998 wurde dann allerdings „die **umfangreiche Sammlung histologischer Schnitte** von Opfern der Kinder­klinik am Spiegelgrund ge­funden“.[[43]](#footnote-43) Nachdem im Sommer 2001 das Wiener Landes­ge­richt die sterblichen Überreste der Spiegelgrund-Opfer frei­gegeben hatte, fand **am 28. April 2002 eine öffentliche Gedenkfeier und Bestattung** am Wiener Zentralfriedhof statt. Noch im Jahr 2002 wurde allerdings bekannt, dass noch weitere sterb­liche Überreste von Opfern entdeckt worden waren. [[44]](#footnote-44)

**Am 9. Mai 2012** wurden diese und weitere gefundene sterb­liche Überreste von Opfern der „dezentralen Euthanasie“ am Steinhof bestattet. „Sie sind in den vergangenen Jahren im Zuge einer Erhebung zu Relikten der NS-Geschichte aufge­funden worden. Die Funde wurden zunächst vom Dokumen­ta­tionsarchiv des österreichischen Widerstandes wissen­schaft­lich aufgear­beitet und namentlich identifiziert.“ [[45]](#footnote-45)



Die „Gehirnpräparate“ der NS-Opferen wurden auch noch Jahrzehnte nach dem Krieg für Forschungszwecke genutzt.

# Heinrich Gross - Das erwartete Ende eines Nachkriegs­skandals

Martin Ladstätter (geschrieben 2006)

Der NS-Arzt Dr. Heinrich Gross, ist am Ende des Gedenk­jahres 2005 verstorben. Der Mörder Gross wurde im Nach­kriegs­öster­reich zum anerkannten Wissenschaftler. Zu einer ge­richt­lichen Verurteilung rang sich die Öster­reichische Justiz aber nie durch.

Wir haben in den letzten Jahren in BIZEPS-INFO mehr als 130 Artikel zu diesem NS-Arzt gebracht. Umfassend wurde über **seine Ver­brechen an behinderten Kindern in der Wiener Fach­abteilung „Am Spiegel­grund“** sowie die beschämenden Vor­fälle der letzten Jahrzehnte berichtet.

**Die Kurzfassung:** In der Nachkriegszeit wäre Gross fast ver­urteilt worden. Eine Verurteilung wurde aufgehoben. Dann trat er der SPÖ bei und machte eine großartige Karriere. 1980 wendete sich das Blatt und die Morde holten ihn ein. Bis zu einer Anklage vergingen wieder fast 20 Jahre. Der Prozess wurde dann sofort unterbrochen, weil Gross verhandlungsun­fähig war. Im Dezember 2005 verstarb Gross, ohne jemals strafrechtlich verurteilt worden zu sein.

Ein detaillierter Rückblick - gruppiert nach Themenkreisen - zeigt das gesamte Ausmaß des Nachkriegsskandals:

## Gross, die SPÖ und die Nachkriegszeit

Zuerst rettete ihn, dass er von Mai 1945 bis Dezember 1947 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft war. Das er­sparte ihm eine Anklage im „**Spiegelgrund-Prozess**“, in dem sein Vorge­setzter Dr. Ernst Illing zum Tod (Juli 1946), seine Kollegen zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Im Jahr 1948 berichtet die „Arbeiter-Zeitung“ von dem auch damals schon bekannten Arzt: „Der Kriegsverbrecher Dr. Gross verhaftet“. Ein Prozess wurde eingeleitet. **Wegen eines Verfahrens­fehlers wurde das Urteil 1951 wieder aufgehoben**. Gross war wegen „Tot­schlags“ zu zwei Jahren „schwerem Kerker, verschärft durch hartes Lager vierteljährig“ verurteilt worden.

Nun begann - mit Hilfe der SPÖ - eine beeindruckende Karri­ere. Umgehend nach Prozessende trat Gross 1951 dem **Bund sozialistischer Akademiker** (BSA) und 1953 der SPÖ bei. Ab diesem Zeitpunkt wird er von der SPÖ ge­schützt. Er wird Primarius der Nervenheilanstalt Rosenhügel und zum meist­beschäftigten Gutachter für Neurologie und Psychiatrie. Laut seiner Angabe erstellt er bis 1980 ins­gesamt 12.000 Gut­achten und erhält viele Millionen Schilling dafür. Seine Gut­achter­karriere endete erst 1998!

Weiters leitete er das „**Ludwig Boltzmann Institut zur Er­for­schung der Missbildungen des Nervensystems**“ und erhielt im Jahr 1975 von Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg (SPÖ) das „Österreichische Ehrenkreuz für Wissen­schaft und Kunst 1. Klasse“ verliehen.

Anfang der achtziger Jahre schützte Justizminister Christian Broda (SPÖ) den NS-Arzt und Parteifreund massiv, sodass kein Verfahren eröffnet wurde.

Im April 2000 entschuldigte sich SPÖ-Vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer für die Fehler und Versäumnisse seiner Partei und merkte an, dass für einen Menschen wie Gross „nie Platz in der SPÖ und nie Platz in einer medizinischen Anstalt der Zweiten Republik“ sein hätte dürfen. Die SPÖ kündigte eine Studie an, in der die „braunen Flecken“ der eigenen Ver­gangen­heit untersucht werden sollen. „Der BSA stellt sich seiner Vergangenheit“ heißt die Studie, die im Jahr 2005 vom Dokumentationsarchiv des öster­reich­ischen Widerstandes präsentiert wurde. BSA-Prä­si­dent Dr. Caspar Einem sprach von einem „schmerzhaften Klärungs­prozess“, der aber notwendig sei, „damit Wunden heilen können“.

## Gross und die „Ludwig Boltzmann Gesellschaft“

Massive Unterstützung erhielt Gross von der Ludwig Boltz­mann Gesellschaft. 1968 erhielt er ein eigenes Institut mit dem Namen „Ludwig Boltzmann Institut zur Erforschung der Missbildungen des Nervensystems“.

Im Geschäftsbericht der „Ludwig Boltzmann Gesellschaft“  
aus dem Jahr 1968 konnte man lesen: „Die Prosektur des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien verfügt (...) über das größte Material an Gehirnen mit angeborenen Ent­wicklungsstörungen und frühzeitig erworbenen Schäden. Die neuro-pathologische Aufarbeitung dieses ein­maligen Mater­ials ist erste Aufgabe des Instituts in den nächsten Jahren.“ Ver­schwiegen wurde, dass dieses **„ein­malige Material“ größten­teils von den getöteten Kindern aus der NS-Zeit stammte**.

Für seine Forschungen an den teils aus der NS-Zeit stam­menden Kinderhirnen erhielt Gross den Theodor-Körner-Preis. Das „Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse“ wurde ihm 1975 verliehen, weil ihn die „Ludwig Boltzmann Gesellschaft“ bei der Wissen­schafts­ministerin vorgeschlagen hatte.

Die Ludwig Boltzmann Gesellschaft hielt bis zum Schluss zu Gross. An seinem „Ludwig Boltzmann Institut“ **wurde bis 1980er an Präparaten geforscht**, die von Mordopfern aus der Nazi­zeit stammen! Im Juni 2001 hatte Raiffeisen-General­an­walt Christian Konrad, Präsident der „Ludwig Boltzmann Ge­sellschaft“, „um Verzeihung für das zugefügte Leid“ ge­beten. Konrad ent­schuldigte sich damit für die Unterstützung, die die Boltz­mann Gesellschaft dem NS-Psychiater Gross an­ge­deihen ließ. Erst am 28. April 2002 wurden die Leichen­teile  
in Wien im Rahmen einer Gedenkfeier bei­gesetzt.

## Gross und die Prozesse

Im **Buch „Der Wille zum aufrechten Gang“** (Wolfgang Neuge­bauer, Peter Schwarz) wird die juristische Dimen­sion des Skandals rund um den NS-Arzt Dr. Heinrich Gross klar auf­gezeigt: Gross wird im März 1950 nur wegen Totschlags (nach dem Reichsstrafgesetzbuch) verurteilt, weil die Recht­sprechung (bis 1997) davon ausgeht, dass „an Geisteskranken oder -schwachen kein Mord“ (im Sinn einer heimtückischen Tötung) begangen werden könne, da den Betroffenen „die Einsicht fehle“.

Im April 1951 weist der OGH das Urteil wegen Fehlern zurück an die Erstinstanz; die Staatsanwaltschaft zieht den Strafan­trag zurück. Im Mai 1951 wird das **Verfahren einge­stellt**. Damit war der große Aufstieg von Gross ermöglicht worden, weil er nicht verurteilt worden war.

Erst aufgrund eines Interviews mit Friedrich Zawrel, einer der Überlebenden von Spiegelgrund, im Dezember 1978 wurde die Angelegenheit in den Medien wieder thema­tisiert. Im Jänner 1979 soll Gross in Salzburg einen Vortrag zum Thema „Tötungsdelikte von Geisteskranken“ halten. **Die Arbeitsgemeinschaft „Kritische Medizin“ protestiert und Dr. Werner Vogt beschuldigt Gross öffentlich**, an der Tötung von Hunderten angeblich geisteskranken Kindern beteiligt ge­wesen zu sein.

**Gross klagt Vogt wegen Ehrenbeleidigung** und gewinnt im Februar 1980 in erster Instanz. In zweiter Instanz wird das Ur­teil aufgehoben und Vogt freigesprochen. Im rechts­kräf­tigen Urteil des Oberlandesgerichts Wien vom 30. März 1981 heißt es wörtlich, dass „**Dr. Heinrich Gross an der Tötung einer unbestimmten Zahl von geisteskranken, geistes­schwachen oder stark missgebildeten Kindern [...] mitbe­teiligt war ...**“. „Genau genommen müsste die Staatsanwalt­schaft ein Ver­fahren gegen den Primarius einleiten wegen Beihilfe zum Mord“, erinnert Profil am 2. Jänner 2006 an jene Worte, die der Berufungsrichter Peter Hofmann vom Ober­landes­gericht damals nach dem Urteil sprach.

Die Staatsanwaltschaft Wien musste wieder gegen Gross er­mitteln, erhob aber wieder keine Anklage. (Christian Broda war in dieser Zeit Justizminister.) Der Grund war dieses Mal, dass „Totschlag“ nach dem Reichsstraf­gesetz­buch schon ver­jährt wäre. Mord nach dem Reichsstraf­ge­setzbuch verjährt nicht, setzt aber „Niedrigkeit der Beweg­gründe“ voraus, was im Falle von Gross verneint wurde.

Dann passierte viele Jahre nichts. Das Dokumentations­archiv des österreichischen Widerstandes er­stattete im Jahr 1997 **eine Strafanzeige** und im Jahr 1998 wurde ein Strafver­fahren eingeleitet. Im Rahmen der Vorunter­suchungen wurden An­fang 1998 insgesamt 67 Leichenteile von „Eutha­na­sie“-opfern und 843 Krankengeschichten beschlagnahmt. Die Vorer­he­bungen gegen Gross wurden am 18. Dezember 1998 abge­schlossen.

Dr. Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes war „froh, dass der Pro­zess nun wahrscheinlich zustande kommt“, nachdem die öster­reich­ische Justiz so lange auf dem Standpunkt beharrt hatte, die Verbrechen des Dr. Gross seien als „Totschlag“ zu werten - und daher schon lange verjährt.

Am April 1999 bewilligte Justizminister Nikolaus Michalek die Anklageschrift persönlich und im Oktober 1999 wurde die Anklage der Staatsanwaltschaft rechtskräftig. Am 21. März 2000 war geplant, das 1951 eingestellte Ver­fahren gegen Gross neu aufzunehmen, doch die Ver­hand­lung wurde ab­gebrochen bzw. „auf unbestimmte Zeit vertagt“. Be­gründung: **Gross ist nicht verhandlungsfähig**. Der ORF strahlte ein Inter­view mit Dr. Heinrich Gross aus, das kurz nach dem Prozess aufgenommen worden war. Das Ge­spräch nährte Zweifel, ob der Angeklagte zu diesem Zeitpunkt tatsächlich ver­hand­lungs­unfähig ist. Das Gutachten wird von Staats­an­walt Michael Klackl, dem An­klagevertreter im Prozess gegen Gross, bezweifelt: „Vor allem im ostösterreichischen Raum hat ja jeder Psychiater eine Beziehung zu Herrn Gross gehabt, weil er Jahrzehnte hin­durch die Psychiatrie dominiert hat.“ Ein zweites Gut­achten wird angefordert, das zum selben Schluss kommt: Gross ist verhandlungsunfähig.



Dr. Heinrich Gross am Wr. Landesgericht (21. März 2000)

Ein Umstand der zwölf österreichische „Euthanasie“-Opfer - Überlebende der Wiener Klinik am Spiegelgrund - auf­regt. Es sei „unerträglich, dass in unserem Land die Schuldigen be­schützt und die Opfer wieder zu Opfern werden“.

Im März 2005 wurde bekannt, dass der Prozess wegen eines sich „irreversibel verschlechternden Zustandes­bildes“ des An­geklagten eingestellt werden könnte. Im September be­richtet „Profil“ nach Auftauchen neuer Unter­lagen, dass Gross weit mehr Kinder getötet habe. Man muss von sechs bis zehn Kindern pro Monat aus­gehen. In Summe von wahrscheinlich rund 800 Kindern.

Der ORF hatte in der Sendung „Brennpunkt“ im Frühjahr 2000 ein Opfer zu Wort kommen lassen, das behaup­tete, von Gross misshandelt worden zu sein. Dies war für Gross Grund, den ORF nach dem Mediengesetz wegen Ver­letzung der Un­schuldsvermutung zu verklagen. Immerhin - so die Argu­menta­tion - war Gross ja nicht verurteilt worden. In zweiter Instanz bekam Gross Recht und das Ober­landes­gericht sprach ihm **30.000 Schilling wegen „erlittener Krän­kung“ zu**. Außer­dem sei der Anschein erweckt worden, Gross habe sich im Sinne des Strafgesetzbuches schuldig gemacht, so die Be­gründung.

Eine weitere Klage brachte Gross gegen die Zeit­schrift „Wespen­­nest“, wegen Verletzung der Unschulds­ver­mutung ein, weil er dort als „Euthanasiearzt“ bezeichnet worden war. Die Presserichterin Vrabl-Sanda wundert sich über das Fern­bleiben des Klägers Gross, der einerseits Medien­prozesse an­strenge und andererseits ver­handlungs­unfähig sei. Sie be­harrt auf das Erscheinen, um zu hinter­fragen, von wem die Initiative zur Klage ausge­gangen sei.

Parallel hat Gross zwei Medienprozesse gegen die Presse an­gestrengt. Gross hatte sich durch die veröffentlichte Ankün­digung des Filmes „Spiegelgrund“ in seiner Un­schulds­ver­mutung verletzt gefühlt. Weiters war von den „Spätfolgen jener Verbrechen“ die Rede gewesen. Richter Bruno Weis bestand darauf, Gross zum Zustande­kommen der Vollmacht zu befragen. „Ich werde Gross als Zeuge zum Thema Voll­machts­erteilung laden.“

Nachdem eine neuerliche Unter­suchung in Aussicht ge­stellt worden war, wurde die Klage gegen die Presse überraschend zurückge­zogen. Es wurden daraufhin keine Prozesse mehr gegen Medien angestrengt.

## Gross und sein Ehrenkreuz

Dr. Gross erhielt im November 1975 auf Vorschlag der „Ludwig Boltzmann Gesellschaft“ von Wissen­schafts­mini­sterin Hertha Firnberg (SPÖ) das „Öster­reichische Ehren­kreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse“.

Als man, nach dem Meinungsumschwung, Gross das Ehren­kreuz aberkennen wollte, musste man im Jahr 1999 er­kennen, dass **das zuständige Gesetz kein entsprechendes Verfahren zur Aberkennung vorsieht**. Daher musste das Bundesgesetz zuerst um ein Aberkennungsverfahren er­weitert werden.

Doch auch dies löste noch nicht alle Probleme. Der Straf­pro­zess gegen Gross war wegen Verhandlungsunfähigkeit ver­tragt worden. Dadurch gab es keine „rechtskräftige gericht­liche Verurteilung“ und auch das Aberkennungs­verfahren des Ehrenkreuzes stockte. Schlussendlich gelang es doch, Gross für das Verfahren der Ab­erkennung des Ehrenkreuzes als „voll rechtsfähig“ zu er­klären und es ihm am 25. März 2003 abzuerkennen.

Der NS-Arzt mit Nachkriegskarriere, Dr. Heinrich Gross, wurde in ganz Österreich bekannt. Über ihn wurden Filme gedreht, Bücher geschrieben und Ausstellungen „zum Spiegel­grund“ organisiert. Auch das Volkstheater nahm sich im Jahr 2005 mit dem Theaterstück „Spiegelgrund“ der Vorfälle an.

## Gross und Vogt

Dr. Werner Vogt war einer der wenigen, die Gross öffent­lich an seine Geschichte erinnerten und mit Nachdruck seine Ver­ur­teilung forderten; sei dies rechtlich (siehe „Gross und die Strafprozesse“) oder journalistisch.

So ist es nicht ver­wunder­lich, dass Vogt im Profil 1/2006 noch­mals auf Gross einging und erinnerte, dass schon „seit 1981 die Mit­ar­beit von Dr. Gross im Kinder-KZ am Spiegel­grund erwiesen“ ist.

Er kritisiert, dass Gross beim Prozess „verkleidet als ein Häuf­lein Elend“ erschienen war und für verhandlungsunfähig erklärt wurde. Auch seine Kollegen schont er im Rückblick nicht: „Jawohl, die Psychiatrie. Ringel, Strotzka, Sluga, Hacker, Spiel, Frankl, Gabriel, Rudasch, alle diese Welt­er­klärer haben Gross mit kollegialem Schweigen beschützt.“

Auf die Anfrage von ausländischen Journalisten, warum hier­zulande derart gemauert, geschwiegen, vertuscht und gelogen wurde, antwortete er: „Unser unschuldiges Land will keine schuldigen Täter.“

Und nun ist Gross tot und Vogt meint - und es klingt ver­bittert: „Nun aber, welch späte Gnade, das lang erhoffte Ab­leben des Heinrich Gross. Ihn und seine Geschichte ein­sargen, eingraben. Grabesruhe. Befreites Aufatmen bei allen, die, so wie bisher, geschichtslos weiterfuhrwerken wollen.“

Dr. Heinrich Gross ist am 15. Dezember 2005 im 91. Lebens­jahr in Hollabrunn/NÖ verstorben.

# Damals: erbkrank. Heute: gebärdensprachig.

Verena Krausneker (geschrieben 2012)

Gehörlose GebärdensprachbenutzerInnen **stellen weltweit eine sprachliche Minderheit dar**, die sich immer dezi­dierter dagegen wehrt, aus defizitär-medizinischer Sicht als „behindert“ betrachtet zu werden und sich zunehmend über die zahlreichen Gebärdensprachen der Welt definiert.

Die Sprachen und Kulturen der Gehörlosengemein­schaften rücken, immer mehr in den Mittelpunkt des akademischen Interesses. Das Fach der **Deaf History** ist dennoch sehr jung, eine eigene Geschichtsschreibung und Aufarbeitung, vor allem durch selbst gehörlose ForscherInnen, ist - besonders in Europa - eben erst im Entstehen.

Eine frühe Arbeit aus Deutschland (Biesold, 1988) zeigte, dass gehörlose Menschen im Sinne des „Gesetzes zur Ver­hütung erbkranken Nachwuchses“ systematisch erfasst und zwangs­sterilisiert wurden. Zwangsweise Abtreibungen bei gehör­losen Frauen **bis in den 9. Schwangerschaftsmonat** wurden berichtet. Die Zwangssterilisierungen der Männer und Frauen wurden laut Ergebnissen der Untersuchung von Biesold im Alter zwischen ca. 8 und 42 Jahren vorgenommen. Viele Menschen starben aufgrund dieser Eingriffe. Durch die Unter­suchung von Biesold wurde bekannt, dass mehrmals Neuge­borene getötet wurden.

Zwanzig Jahre nach Biesolds Forschungen wurden in einem **Forschungsprojekt zu „Gehörlosen ÖsterreicherInnen im Nationalsozialismus“** an der Universität Wien erstmals Er­fahrungen gehörloser ZeitzeugInnen dokumentiert und die in Archiven vorhandenen Unterlagen zum Thema gesichtet.

Die Ergebnisse des Projektes wurden in Östereichischer Ge­bär­den­s­prache publiziert und sind als 8 Kurzfilme frei zu­gänglich (Krausneker/Schalber 2009)[[46]](#footnote-46). Was meine Kollegin und ich über das **Schicksal der öster­reich­ischen Gehör­losenge­mein­schaft** erfuhren, ist viel­schichtig.

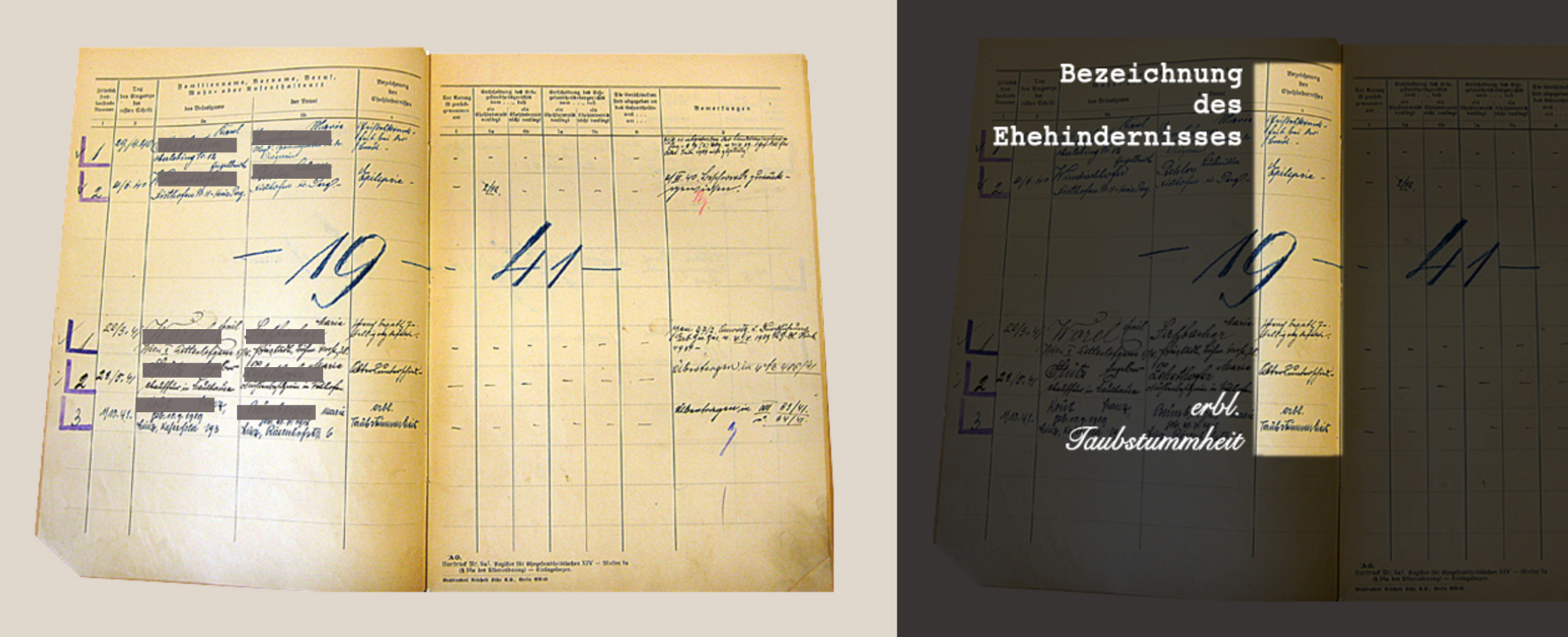


Gehörlose ZeitzeugInnen berichten, woran sie sich erinnern.

Der Kern der Ent­wicklungen, die durch die national­sozial­istische Machter­greifung ausge­löst wurde, lässt sich mit einer Drei-Spaltung zusammen­fassen: Sehr schnell wurden zu­nächst jüdische Ge­hörlose ausgeschlossen, ihre Vereine ge­löscht, Vermögen be­schlag­nahmt, die ausgezeichnet vereins­mäßig organisierte Ge­hör­losenwelt wurde ‚judenrein’ ge­macht. Rund 120 jüdische Gehörlose aus Wien sind nament­lich bekannt[[47]](#footnote-47), von 94 wissen wir, dass sie ermordet wurden oder starben, von 16 haben wir keine sichere Information. Das bedeutet, dass mit Sicher­heit nur 10 gehörlose Wiener Juden überlebt haben.

Mit dem Beschluss des „**Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nach­wuchses**", das in Deutschland am 1. Jänner 1934 in Kraft trat, in Österreich am 1. Jänner 1940, wurde dann eine weitere Spaltung vorgenommen: Plötzlich machte es einen funda­men­talen Unterschied, wie man sein Hör­vermögen „verloren“ hatte.

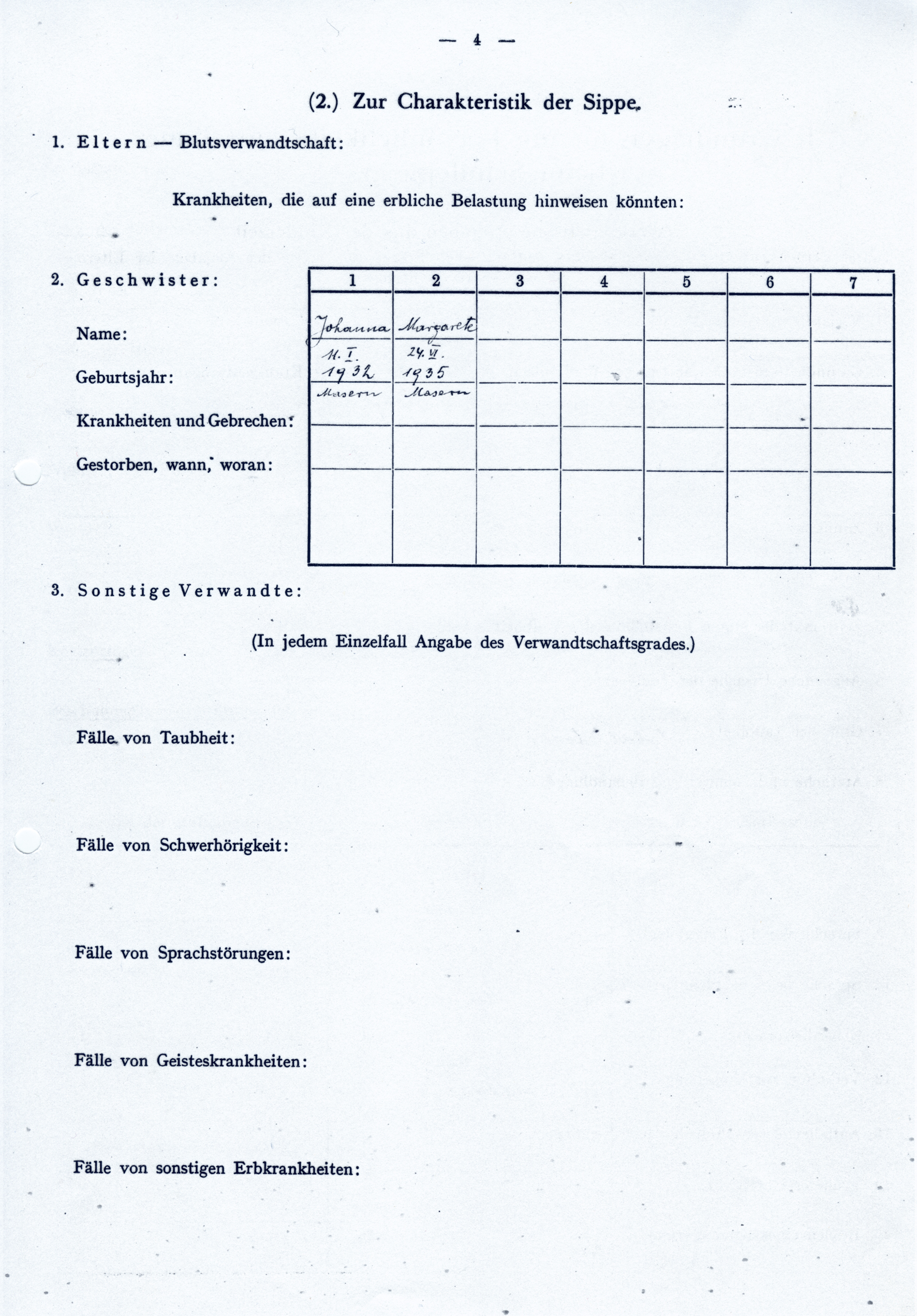
All jene Menschen, die nicht eine Krankheit als Ursache ihrer Gehörlosigkeit nachweisen konnten oder die gehörlose Fami­lien­mitglieder hatten, was als Indiz für eine vorliegende „Erb­krankheit“ betrachtet wurde, waren von Zwangssterili­sation bedroht. Wir fanden Briefe, in denen SchreiberInnen mit Be­richten über abenteuerliche Unfällen in der Kindheit die Be­hörden davon zu überzeugen versuchten, dass ihre Kinder ertaubt seien, nicht jedoch „erblich belastet“.



Die Belege für die gebärdeten Erinnerungen fanden sich in den Archiven: Sondergericht Erbsachen, Oberösterreichisches Landes­archiv. Hier wurden die Zwangsterilisationen zweier gehörloser Verlobter eingetragen.

Als wichtigste Helfer in der flächendeckenden Erfassung der Population waren Gehörlosenschulen tätig. Sie mussten „Sippenbögen“ erheben und halfen dadurch mit, „erbkranke“ gehörlose Kinder und Jugendliche bzw. ihre Verwandten zu erfassen. Zumindest von einem öster­reich­ischen Schul­direk­tor nehmen wir an, dass er bewusst sämtliche SchülerInnen­stammbögen verschwinden ließ.

Die Aufforderungen der Behörden beantwortete er konse­quent damit, dass er keine Daten mehr habe. Es ist nicht  
be­kannt, wie viele gehörlose ÖsterreicherInnen ins­ge­samt zwangs­weise sterilisiert wurden.



Gehörlosenschulen mussten mithelfen, „erblich belastete“ Gehörlose zu finden.

Wir können nur schätzen: z.B. wurden im Bundes­land Steier­mark im Erb­gesund­heits­ge­richt Leoben zwischen 1941 und 1943 insge­samt 289 Sterili­sa­tionen abgehandelt. Von diesen waren 39 „taubstumm“, 31 wurden schließlich sterilisiert. Das ist eine ungewöhnlich hohe Zahl im Vergleich zu jenen Daten, die wir aus manch anderen Bundesländern haben. Während dieser bedrohlichen Ereignisse waren die spät   
oder durch Krankheit ertaubten Menschen in Sicherheit und konnten sogar Karrieren als Funktionäre machen, wie zum Beispiel der Wiener Karl Brunner, der 1942 zum Leiter des Reichsverbandes der Gehörlosen Deutschlands - ReGeDe - aufstieg und die Position bis 1944[[48]](#footnote-48) innehatte.

Man kann sich vorstellen, wie sich diese durch national­sozi­al­istische Gesetze erschaffenen Trennlinien innerhalb einer bis dahin relativ solidarisch agierenden Gemeinschaft aus­wirkten. Die ganze Gemeinschaft und alle Einzelpersonen waren einer potentiellen Gefahr ausgesetzt, denn das Ziel der nationalsozialistischen Ideologie und Gesetze war die voll­ständige Beseitigung des Phänomens „Taubstummheit“.

Doch auch innerhalb dieser bedrohlichen Situation war es für hör­behinderte Menschen/Männer durchaus möglich, eine natio­nal­sozialistische Karriere, z.B. im ReGeDe, zu machen. Im Rahmen unseres Projektes gaben mehrere ZeitzeugInnen Hinweise darauf, dass einzelne gehörlose Personen damals sogar denunziatorisch aktiv waren und mithalfen, „erb­kranke“ Gehörlose den Behörden zu melden.

Einzigartig ist wohl, dass nach Ende der NS-Herrschaft alle überlebenden Mitglieder der Gemeinschaft wieder zu­sam­men­rückten. Im Wissen darum, wer was „getan“ hatte und im Wissen darum, wem was angetan wurde und wo man poli­tisch stand, wurden dennoch in vielen Bundesländern wieder gemeinsam Vereine gegründet. Diese Vereine stellten die essentiellen Kommunikations­inseln, die gebärden­sprachige „Welt der Gehörlosen“ dar. Meist sah man in dieser kleinen Welt darüber hinweg, was passiert war. Die zwangs­sterili­sierten Kinderlosen wurden bemitleidet. Der einzige zurück­gekehrte, überlebende Jude lebte vollständig assimi­liert (und wurde trotzdem anti­semi­tisch bedroht). Manche hatten durch die Erlebnisse in der NS-Zeit ein stand­haft anti­faschistisches „Nie wieder!“ entwickelt, andere er­innern sich auch heute noch ganz unkritisch an die schönen Jugendjahre, in der Disziplin noch was galt und blenden aus, wie mörde­risch diese Zeit für andere war.

Ebenso unter­schied­lich wie das Erleben und das Schicksal gehörloser Menschen während der NS-Zeit war, so **grund­verschieden sind die heutigen Erzählungen** von Zeit­zeugInnen.

**Literatur**:

Biesold, Horst (1988) Klagende Hände. Betroffenheit und Spätfolgen in bezug auf d. Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, dar­ge­stellt am Beispiel der „Taubstummen“. Solms-Oberbiel: Oberbiel

Dunai, Eleanor C. (2002) Surviving In Silence - A Deaf Boy in the Holocaust. Gallaudet University Press

Krausneker, Verena, Katharina Schalber (2009) Gehörlose Öster­reicherInnen im Nationalsozialismus. 8 Videofilme in Österreich­ischer Gebärdensprache mit deutschen UT, 220 Minuten. Alle zu sehen unter www.univie.ac.at/gehoerlos-im-ns

Muhs, Jochen (1996) Followers and outcasts: Berlin's Deaf Community under National Socialism (1933-1945). 195-204 in: Fischer, Renate, Tomas Vollhaber, Hg. Collage: Works on International Deaf History. Hamburg, Signum

Ryan, Donna F., John S. Schuchman, Hg. (2000) Deaf people in Hitler's Europe. Gallaudet University Press

Zaurov, Mark (2003) Gehörlose Juden: eine doppelte kulturelle Minderheit. Peter Lang

Zaurov, Mark und Klaus-B. Günther, Hg. (2009) Overcoming the Past, Determining its Consequences and Finding Solutions for the Present. Proceedings of the 6th Deaf History International Conference. Hamburg, Signum

# Individualisierende Eugenik - Zur Praxis von Andreas Rett

Volker Schönwiese (geschrieben 2012)

Eine wenig behandelte Frage ist, wie sich nach dem zweiten Weltkrieg in Österreich die Behindertenhilfe entwickelt hat, **welche Personen, mit welchen Motiven im Rahmen der Behin­dertenhilfe agierten** und wie sie mit der Last von Eugenik und Euthanasie umgegangen sind.

Sicher gibt es keine herausragenden Persönlichkeiten in Öster­reich, die - jenseits des allgemeinen Bruches mit dem Nationalsozialismus - einen so eindeutigen Wechsel signali­sieren, wie er z. B. in den Skandinavischen Ländern durch Niels-Erik Bank-Mikkelsen erfolgte.

Bank-Mikkelsen gilt als Begründer des **ersten konsequenten Integrationsansatzes für Menschen mit Behinderungen**, des „Normalisierungsprinzips“, das in den 60er-Jahren des 20. Jhdts. in den skandinavischen Ländern zu ersten legis­tischen Umsetzungen führte: „*Bisher wenig bekannt ist die Tatsache, dass Bank-Mikkelsen als Mitglied der dänischen Wider­stands­bewegung während des Nationalsozialismus in einem Kon­zentra­tionslager interniert war und später seine eigene da­malige Situation mit der Lebenssituation von Geistig­be­hin­der­ten in dänischen Institutionen verglich. Er wird zitiert: ‚Ich war schockiert festzustellen, dass deren Leben nur gering­fügig besser war als das eines Insassen eines Nazi-Konzentra­tions­lagers.‘ …. Dieser Erfahrung wird entscheidende Be­deutung für die Entwicklung des ‚Normalisierungsprinzips‘ zugesprochen ….“*. [[49]](#footnote-49)

In Schweden gab es eine **massive Sterilisationspraxis**, die Ende der 50er-Jahre praktisch beendet wurde: „Zwischen 1942 und 1951 wurden, verglichen mit allen Ländern der Welt, in Schweden die meisten geistig Behinderten sterili­siert, gerechnet per Kopf und Einwohner. 1946 wurden 60 % der Mädchen, die von den Internatsschulen für geistig Behin­derte entlassen worden waren, sterilisiert. Praktisch hörte man Ende der fünfziger Jahre damit auf, sich des Sterilisa­tions­gesetzes zu bedienen.“ [[50]](#footnote-50)

## Sterilisation ohne Einwilligung

1975 wurde ein Sterilisationsgesetz verabschiedet, das die Mög­lichkeit einer Sterilisation ohne Einwilligung der be­troffenen Person endgültig beendete. Eine ähnliche Regelung wurde in Österreich nach öffentlichen Diskussionen 1998 (Österreich war der internationalen Presse mit seiner man­gel­haften Gesetzeslage aufgefallen) und einer Enquete des Grünen Parlamentsklubs „Zwangssterilisation - Menschen­rechtsverletzung oder Notwendigkeit?“[[51]](#footnote-51) **erst im Jahr 2001** durch ein Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz umgesetzt.

Es kann - grob gesagt - diesbezüglich von einer mindestens **20 bis 30-jährigen Verspätung** der Entwicklung in Öster­reich im internationalen Vergleich gesprochen werden. In Österreich waren nach dem 2. Weltkrieg Persönlichkeiten  
wie **Andreas Rett führend in der Beeinflussung und Ent­wicklung der Behindertenhilfe** bis in die späten 80er-Jahre. Anhand einiger erst in den letzten Jahren bzw. in jüngster Zeit deutlich gewordener Details soll versucht werden, die tiefe Ambivalenz der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg bis in die 80er-Jahre des 20. Jhd. und mit Folgen bis heute zu be­schreiben.

Andreas Rett (1924-1997) ging in Innsbruck zur Schule, be­gann ein Medizin-Studium und „trat … im September 1942 bei der Ortsgruppe Innsbruck in die NSDAP ein“.[[52]](#footnote-52) Im 2. Welt­krieg hat er in der deutschen Kriegsmarine gedient, nach 1945 setzte er sein Medizin-Studium in Innsbruck fort, ob­wohl er wegen seiner nationalsozialistischen Ver­gangen­heit als begeisterter HJ-Führer zuerst nicht mehr zum Studium zugelassen worden war. [[53]](#footnote-53)

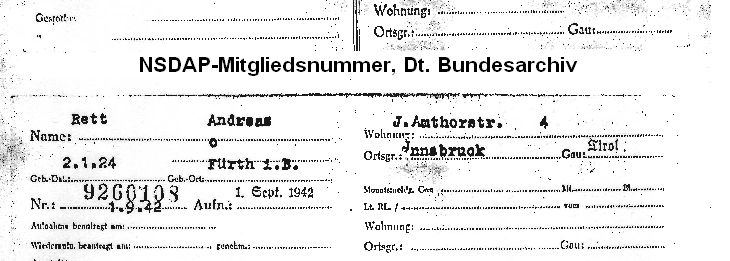
## Retts nationalsozialistische Ver­gangenheit

Mit seiner nationalsozialistischen Ver­gangenheit hat sich Rett nie öffentlich auseinander gesetzt, sie wurde erst sehr spät und nach seinem Tod bekannt: „Unter diesen 13 ehemaligen NS-Ärzten [im Bund soziali­stischer Akademiker, VS] befanden sich u. a. ... Prim. Dr. Heinrich Gross ... Kinderneurologe Univ.-Prof. Dr. Andreas Rett sowie der Psychiater Univ.-Prof. Dr. Hans Strotzka, von dem als einzigen der genannten Ärzte be­kannt ist, dass er sich öffentlich und differenziert mit seiner NS-Vergangenheit auseinandergesetzt hat.“[[54]](#footnote-54)

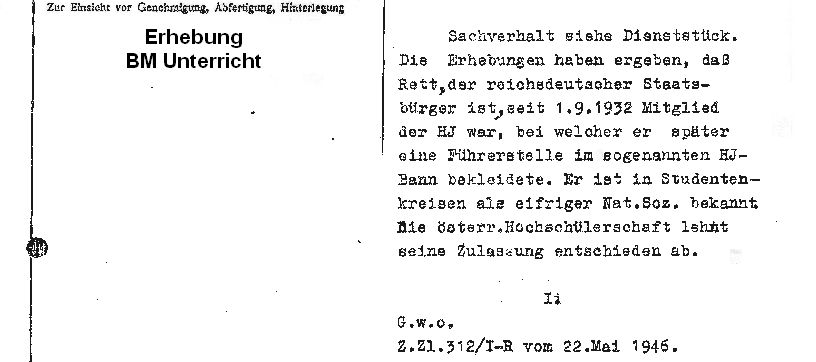
Um auf der Universität in Innsbruck inskribieren zu können gab Andreas Rett an: "... hatte ich keinerlei Bindung zu irgend einer Formation der NSDAP oder dieser selbst. Auch war ich nie Mitglied oder Anwärter der Partei ... jederzeit von mir durch Eid erhärtenden ... Angaben ..." (siehe Kopie des Origi­nals unten) [[55]](#footnote-55)

::::Downloads:Rett-hist-Dokumente-NSDAP-Aussage.jpg

Dies war aber unrichtig, wie folgendes Dokument zeigt: [[56]](#footnote-56)



Die Österreichische Hochschülerschaft lehnte seine Zulassung ab, da er HJ-Führer und eifriger Nationalsozialist war, [[57]](#footnote-57) das Ministerium folgte dieser Empfehlung.



Rett gelang es, dennoch durch **Verschweigen seiner NS-Mit­glied­schaft** an der Universität Innsbruck nur für ein Semes­ter nicht zum Studium zugelassen zu werden. Über ein An­suchen auf Anerkennung von einer durch „Kriegssdienst­leistung ver­lorengegangenen Studienzeit“ und des **„aus be­kannten Gründen nicht anerkannten**“ Semesters gelang es ihm dazu zwei Semester zu gewinnen. Andere Studierende, denen unwahre Angaben nachgewiesen wurden, sind vom Stu­di­um ausgeschlossen worden. [[58]](#footnote-58) Die akademische Karri­ere von Andreas Rett **basiert damit auf unwahren An­gaben** und - es ist nicht nachzuweisen, aber zu vermuten - auf den **Ein­satz von persönlichen Netzwerken**, die er als ehem. Natio­nal­sozialist hatte.

**Rett publizierte noch später (1968) ohne Bedenken ge­meinsam mit dem Psychiater Heinrich Gross**, der direkt an der Ermordung von Kindern am Wiener Spiegelgrund be­teiligt war: „Weniger bekannt hingegen ist die Tatsache, dass sich auch Rett an der **wissenschaftlichen Ver­wertung der NS-Kindereuthanasieopfer** vom Spiegelgrund beteiligte, indem er u. a. zusammen mit seinem BSA-Kollegen, dem vor­maligen NS-Kindereuthanasiearzt Dr. Heinrich Gross, **auf der Grundlage von Gehirnpräparaten**, die von den im Rahmen der NS-Kindereuthanasie ermordeten Spiegel­grund­opfern stammten, einen wissenschaftlichen Aufsatz verfasste und publizierte“[[59]](#footnote-59)

Rett machte jedenfalls in Wien Karriere: „Im Jahr 1966 wurde Andreas Rett, der bis dahin im Pavillion XVII des Pflegeheim Lainz eine Abteilung für entwicklungsgestörte Kinder geleitet hatte, als Abteilungsvorstand in das Neurologische Kranken­haus Rosen­hügel geholt. Es wurde ein Kinderpavillon er­richtet, der am 1. April 1975 in Betrieb genommen wurde. Dazu wurde Andreas Rett das L. Boltzmann Institut zur Er­forschung kindlicher Hirnschäden zuerkannt.“[[60]](#footnote-60)

## 1. Vorsitzender des „Bundesbeirats für Behinderte“

Rett war 1976 der erste **Vorsitzende des „Bundesbeirats für Behinderte“** - geschaffen von Ministerin Ingrid Leodolter, Bundes­ministerium für Gesundheit und Umweltschutz.

Die Wiener Zeitung schrieb am 10. Mai 1997 in einem Nach­ruf auf Rett: „Als sozial engagierter Arzt setzte er auch we­sent­liche Impulse im Umfeld der Betreuung behinderter Kinder. Er wirkte am Aufbau heilpädagogischer Betreuungs­einrichtungen (Jugend am Werk, Lebenshilfe) mit. 1967 habi­li­tierte Rett für das Fach Neuropädiatrie. Im selben Jahr er­folge die Gründung des Ludwig Boltzmann-Instituts zur Er­forschung kindlicher Hirnschäden. … Rett veröffentlichte mehr als 200 Publikationen und zahlreiche Bücher. 1959  
er­hielt er den Dr. Karl Renner-Preis, 1967 den Anton von Eisels­berg-Preis sowie viele andere in- und ausländische  
Aus­zeichnungen. In ganz Österreich war seine Abteilung am neuro­logischen Krankenhaus Rosenhügel als Zentrum für die Betreuung der kleinen Patienten bekannt. Als kritischer Geist meldete sich Rett vor einigen Jahren in Sachen Aufnahme be­hinderter Kinder in die Regelschule zu Wort und erntete da­für auch Kritik.“

## Schulische Integration als „Wahnsinn“

Tatsächlich profilierte sich Rett als **heftiger Gegner der schul­ischen Integration** und bezeichnete z.B. zu seinem  
70. Ge­burts­tag die in Österreich in 10 Jahren von Eltern­initia­tiven erkämpfte schulische Integration als „Wahnsinn“ und „reines Politikum“, sprach sich für eine Integration „von Fall zu Fall“ aus.

Unterstützung bekam er von der ÖVP-Bildungspolitikerin Gertrude Brinek und von Marian Heitger (Prof. an der Abt. für Heil- und Sonderpädagogik, Uni. Wien), der vermutete, dass durch die Integration Behinderte „für eine Ideologie“ instru­menta­lisiert werden. Die Rett’sche Integration „von Fall zu Fall“ ist typisch für die Vorstellung, dass Kinder erst ihre Integrier­barkeit nach­weisen müssen, bevor sie in integrierte Klassen aufge­nommen werden können.[[61]](#footnote-61)



Dr. Andreas Rett als Vortragender am 16. Dezember 1987

Rett/Seidler formu­lierten: „Geistig behinderte Kinder in die Regelschule einzu­gliedern, wie dies z.B. in Teilen von Italien der Fall ist, kann nicht ziel­führend sein, weil die ursprüng­liche Idee der Voll­inte­gra­tion geistig rückständig Behinderter nicht nur vom Kind her, son­dern auch von der Klasse her un­möglich ist ... Wer die mit viel Publicity und ideologischer Ver­brämung ge­starteten Ver­suche näher betrachtet, der sieht und erkennt, dass es eben Grenzen gibt. Dies nicht zu er­ken­nen, kann nur auf man­gelndes Einfühlungsvermögen bzw. mangelnde Er­fahrung zurückgeführt werden.“ [[62]](#footnote-62)

## Verwendung von Epiphysan zur Triebdämpfung

Wie der Südtiroler Radiosender RAI-Bozen am 5. April 2012 berichtete, setzt Andreas Rett von den 60er- bis zum Ende der 80er-Jahre im großen Stil Hormonpräparate (z.B. Epiphysan oder Androcur) zur Triebdämpfung bei behinderten Per­so­nen ein.

Im Zuge von Ermittlungen der Staatsan­walt­schaft Innsbruck 1980 gegen die umstrittene Kinderpsychia­terin Nowak-Vogel hatte Rett die Verwendung des Medika­ments **Epiphysan zur Triebdämpfung** gerechtfertigt. Er be­gründete dies zu diesem Zeitpunkt mit seinen eigenen Er­fahrungen beim Einsatz des Hormonpräparats Epiphysan an 500 behinderten Personen in einem Zeitraum über 17 Jahre. 1981 schrieben Andreas Rett und sein Mitarbeiter Horst Seidler: „Die engen Grenzen also, die der Entwicklung und dem Ausleben der Sexualität ge­zogen sind, lassen uns, derzeit jeden­falls, zu Maßnahmen raten, die die sexuelle Erregbarkeit in Grenzen halten. Solche Möglichkeiten existieren auf medi­ka­­men­töser Basis; wir verwenden Epiphysenextrakte bzw. hoch­molekulare Auf­schwemmungen der Epiphyse. ... Es ist uns jeden­falls bisher häufig gelungen, das Sexualverhalten Behin­derter so zu steuern, dass die manchmal quälende innere und äußere Un­ruhe der Patienten beseitigt und da­mit ihr Sozial­verhalten erträglich wurde.“[[63]](#footnote-63)

## Einflussreicher Berater der Behindertenhilfe

Rett war über Jahrzehnte der **einflussreichste Berater von großen Einrichtungen der Behindertenhilfe** und öster­reich­weit der wichtigste medizinische Berater für Eltern von sog. geistig behinderten Kindern. Er war ein **Befürworter einer systematischen Sterilisation** von behinderten Frauen.

Er schrieb gemeinsam mit Host Seidler: „Wir vertreten die Auffassung, dass bei ent­sprechender Exposition und Ge­fährdung einer weiblichen Mongoloiden - auch bei geistig Behinderten anderer Ätiologie - das mögliche Experimentum crucis einer Schwangerschaft erst gar nicht ab­gewartet werden soll. Es sollte rechtzeitig eine Tubenligatur erfolgen, was im Rahmen der gegenwärtigen Gesetzeslage durch­aus legitim ist und für alle Formen schwerer geistiger Behin­derung gilt“.[[64]](#footnote-64)

Zusätzlich waren Rett und Seidler dafür, dass bei Schwanger­schaft einer behinderten Frau in jedem Fall abgetrieben wird: „Zunächst muss festgestellt werden, dass der Schwanger­schafts­abbruch bei geistig Behinderten von uns seit nunmehr 20 Jahren praktiziert wird, auch wenn die früher geltende Rechts­lage nur sehr bedingt zur Durch­führung solcher Maß­nahmen geeignet war. Schwanger­schaftsabbruch wurde von uns deshalb auch prinzipiell stets mit nachfolgender Ei­leiter­unterbindung kombiniert.“[[65]](#footnote-65) Als Kriterien für eine der­artige Vorgehensweise wurden u.a. ein Intelligenzquotient unter  
75 genannt und festgestellt, dass dies fast nur junge Frauen aus „unteren sozialen Schichten“ betrifft. Vor­stel­lungen der Unter­stützung von behinderten Personen in Partnerschaften - z.B. nach dem Modell „ge­schützte Ehe“ - kritisierten Rett und Seidler scharf und wandten sich damit, ohne es direkt zu nennen, gegen damals bereits bekannte skandinavische Unterstützungsmodelle.

Rett/Seidler sahen die genannten Vorgehensweisen als ärzt­liche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Behin­der­ten­hilfe, einer „optimalen Betreuung der geistig Behin­derten“.[[66]](#footnote-66) Auf allgemeiner Ebene wandten sich Rett/Seidler gegen die Idee der Eugenik, da sie „nur allzu oft Ausdruck einer welt­an­schaulich verbrämten Ideologie von Natur­wissen­schaftlern und Politikern waren“.[[67]](#footnote-67) Außerdem argumen­tierten sie mit der praktisch Unmöglich­keit der vollständigen Umsetzung von Eugenik, da Muta­tionen nie verhindert werden und bestenfalls durch auf die Umwelt bezogene Mutations-Prophylaxe beeinflusst werden könnten.

In einem anderen Buch setzten sich Seidler und Rett kritisch mit der Rassenbiologie im Nationalsozialismus aus­ein­ander.[[68]](#footnote-68) In einem Interview wird berichtet, dass Rett nicht nur in Wien im sozialmedizinischen Bereich einflussreich, sondern auch einer der beiden Initiatoren des öster­reich­ischen Mutter-Kind-Passes war.[[69]](#footnote-69) Rett/Seidler formulierten: „Das viel strapazierte und häufig mißverstandene Wort ‚Eugenik‘ ist für uns praktisch angewandte Humangenetik“ [[70]](#footnote-70) und sie warnen davor nur neutral zu beraten: „Human­gene­tische Beratung darf heute nicht darin liegen, einem Paar zu sagen ‚Es wird schon nichts passieren‘. Wissenschaftlich ge­sicherte Erkenntnisse verlangen danach, in die Praxis umge­setzt zu werden“.[[71]](#footnote-71)

Nach Wolf lehnte Rett in einem Zeitschriftenbeitrag 1982 jede Infragestellung des Schwangerschaftsabbruchs aus gene­tischer Indikation ab. Nicht nur von politischer Seite, sondern auch von Seiten der Betroffenen sollte es keinen Widerspruch geben.[[72]](#footnote-72) Als Beispiel für Folgen der von Rett vertretenen Auf­fassungen ein Zitat aus einem **bis in die 1990er Jahre** gängigen und weit verbreiteten Lehrbuch für Sonder­schul­lehrerInnen und Päda­gogInnen von Fritz Holzinger: „Der Aufbau einer Schlaf­hygiene (medikamentöse Be­kämp­fung von Einschlaf­störungen, hartes Lager, Vermeidung sexuell erregender Er­lebnisse vor dem Einschlafen) wirkt der Onanie am Abend ent­gegen; durch ständige Beschäftigung und medi­kamentöse Reduktion sexueller Spannungen mittels gefahr­loser Andro­gene wie Epiphysan wird dies während des Tages erreicht. .... Die Sterilisation ist der einzige Weg der Emp­fäng­nis­ver­hütung, da andere Mittel wegen Indolenz oder Mangel an Verständnis kaum zielführend sind. Das Recht auf Sexuali­tät bei Behinderten zu propagieren ist sinnlos und ge­fähr­lich.“[[73]](#footnote-73)

**Zusammenfassender Kommentar**:

Rett hielt die Sexualität von Menschen mit Behinderungen für **ein ärztliches Problem** „ganz so, als handele es sich beim Sexualtrieb um eine Krankheit.“[[74]](#footnote-74)

Die Frage, ob die betroffenen Personen den „ärztlichen Maß­nahmen“ (Triebdämpfung, Sterilisation, Abtreibung) zuge­stimmt haben, stellte sich Rett nicht. Es war für Rett außer­halb seiner Vorstellungswelt, dass hier Persönlichkeits- oder Menschenrechte verletzt werden könnten, obwohl die Ver­einten Nationen bereits 1971 eine Deklaration über die Rechte von geistig behinderten Personen angenommen hatten.[[75]](#footnote-75) An keiner Stelle wurden Bedingungen der Behinder­tenhilfe, die den Hintergrund für Entscheidungen bilden,  
pro­blema­tisiert. Reformbemühungen wie in Italien und Skandinavien wurden rigoros abgelehnt.

## Aktionsfelder von individualisierender Eugenik

Dass die beschriebene und offensichtlich im großen Stil bei behinderten Personen betriebene Triebdämpfung, Sterili­sa­tion und Abtreibung sowie humangenetische Beratung und Abtreibung nach genetischer Indikation die klassischen **Aktionsfelder von individualisierender Eugenik** sind, wurde in keiner Weise gesehen oder pro­blema­tisiert.

Die Entscheidungen wurden von Rett **wie selbstver­ständ­lich in einem allgemeinen Interesse von Gesundheit und Gesund­heitsvorsorge dargestellt**, das von Eltern und im Hintergrund von MitarbeiterInnen der Behindertenhilfe aus praktischen Alltagsbedürfnissen heraus formuliert wird. Es sind Ver­bindungen zu Konzepten von Wohlfahrtspolitik und „Menschenökonomie“ zu bemerken, die zu Beginn des 20. Jhd. auch in Österreich entwickelt wurden.[[76]](#footnote-76)

Kappeler formuliert es scharf: „Dass die ‚Hilfe‘ als Ver­nichtung des Lebens, **der Terror aber im Gewand der ‚Hilfe‘ daherkommen können**, was in aller Schärfe zuerst Horkheimer/Adorno in der Dialektik der Aufklärung (1944) und heute wieder Zygmunt Baumann in der Dialektik der Ordnung (1992) gezeigt haben, ist für das Bewußtsein der ‚Helfenden‘ eine fast unerträgliche Erkenntnis.“[[77]](#footnote-77)

Der Verdrängung der Zusammenhänge entspricht, dass es in Österreich - offensichtlich ganz im Gegensatz zu Schweden - **keinerlei Statistiken zu Sterilisation und Abtreibung** gibt, die die eugenische Struktur der systematischen Maßnahmen gegen Menschen mit Behinderungen klar machen könnten. Damit gibt es auch keine Chance einzuschätzen, wie weit wir von historischen Phänomenen sprechen, die aus der unbe­wältigten Nachkriegsära stammen, oder in welchen Formen und Quantitäten die beschriebenen „ärztlichen Maßnahmen“ möglicherweise noch heute verbreitete Praxis sind. Wissen­schaftliche Untersuchungen legen nahe, dass der Bogen der Gewalt gegenüber behinderten Menschen heute größer ist  
als spontan angenommen würde - dies ist aller­dings kein spezifisch österreichisches Phänomen.[[78]](#footnote-78)

Schließlich stellt sich die Frage, in welcher Form Personen, die in Österreich ohne ihr Einverständnis mit Triebdämpfung, Sterilisation und Abtreibung behandelt wurden, heute **als Opfer von Gewalt anerkannt und entschädigt werden**. Was für Opfer von Gewalt in Heimen und in der Psychiatrie gilt, muss auch für behinderte Opfer von Medizin und Be­hinder­tenhilfe gelten.

**Literatur**:

Fitzsimons, Nancy (2009): Combating Violence & Abuse of People with Disabilities. A Call to Action. Baltimore, Maryland: Paul H. Brooks Publishing

Grunewald, Karl (1998): Verhütung in Schweden. Im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/library/grunewald-verhuetung.html> [5.5.2012]

Holzinger, Fritz (1984): Sonderpädagogik. Schriften zur Lehrerbildung und Lehrerfortbildung Band 16. Wien: Bundesverlag 1984/ 1. Auflage 1978

Kappeler, Manfred (2000): Der schreckliche Traum vom voll­kommenen Menschen. Rassenhygiene und Eugenik in der sozialen Arbeit. Marburg: Schüren Presseverlag

Kreuzer, Max (1999): Behindertenhilfe und Sonderpädagogik Erfahrungen und Praxisbeispiele aus Dänemark. Im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/library/kreuzer-praxis.html> [5.5.2012]

Neugebauer, Wolfgang/ Schwarz, Peter (2005): Der Wille zum auf­rechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesell­schaft­lichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten. Wien: Czernin Verlag. Im Internet: [http://www.bsa.at/cms/wp-content/uploads/­Der-Wille-zum-aufrechten-Gang-Online.pdf](http://www.bsa.at/cms/wp-content/uploads/Der-Wille-zum-aufrechten-Gang-Online.pdf) [31.3.2012]

Rett, Andreas / Seidler, Horst (1981): Das hirngeschädigte Kind. Wien: Jugend und Volk, 5. erweiterte Auflage 198/ Erstauflage 1972

Ronen, Gabriel M./ Meaney, Brandon/ Dan, Bernard/ Zimprich, Fritz/ Stögmann, Walter/ Neugebauer, Wolfgang: From Eugenic Euthanasia to Habilitation of „Disabled“ Children: Andreas Rett's Contribution. Journal of Child Neurology / Vol. 24, No. 1, January 2009, p 115-127

Schönwiese, Volker (1995): Schulische Integration in Österreich - wohin? In: Domino 1/95, Seite 6-10

Seidler, Horst / Rett, Andreas (1982): Das Reichs-Sippenamt entscheidet. Rassenbiologie im Nationalsozialismus. Wien: Jugend&Volk

Tragl, Karl Heinz (2007): Chronik der Wiener Krankenanstalten. Wien: Böhlau Verlag

Weizenböck, Johann (1998): Aus der Sicht des Jusitzressorts: „Zwangssterilisation“. Im Internet: <http://bidok.uibk.ac.at/library/weizenboeck-zwangssterilisation.html> [5.5.2012]

Wolf, Maria A. (2008): Eugenische Vernunft. Eingriffe in die reproduktive Kultur durch die Medizin 1900-2000. Wien: Böhlau

# Autorinnen und Autoren

**Ernst Klee -** geboren 1942, Journalist, Filmemacher und Schrift­steller. Er wurde bekannt durch seine Auf­deckung von bisher unbe­kannten Medizin­verbrechen des National­sozial­ismus, ins­besondere im Zusammenhang mit der Aktion T4.

**Dr.in Verena Krausneker**- geboren 1973, Gebärdensprach­linguistin: Lehraufträge an den Universitäten Wien, Hamburg und Graz. Aktivistin: Mitbegründerin der Anti-Rassismus-NGO ZARA und 7 Jahre Vorstandsmitglied des Österreich­ischen Gehörlosenbundes. 2009 - 2012 ehrenamtlich tätig  
als Expertin für die „World Federation of the Deaf“.

**Martin Ladstätter** - geboren 1966, Gründungsmitglied von BIZEPS (1. öster­reichisches Zentrums für Selbstbestimmtes Leben) und des „Klagsverbands zur Durchsetzung der Rechte von Diskri­minierungs­opfern“, Journalist.

**Dr. Wolfgang Neugebauer** - geboren 1944, Studium der Ge­schichte und Geographie an der Universität Wien, seit 1969 Mitarbeiter, von 1983 bis 2004 wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

**Dr. Volker Schönwiese** - geboren 1948, seit den 70er-Jahren in der Selbst­hilfe und Selbst­bestimmt-Leben-Bewegung aktiv, als a.o. Univ.-Prof am Institut für Erziehungswissenschaften der Univer­sität Innsbruck tätig, u.a. Gründer der Internet­biblio­thek bidok.

**Mag. Florian Schwanninger** - geboren 1977, Studium der Ge­schichte in Salzburg, seit 2005 im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim tätig. Forschungs­schwerpunkte: NS-„Euthanasie“, oö. Regional­geschichte, Widerstand, Erste Republik, Erinnern und Gedenken

**DSA Manfred Srb** - geboren 1941, Mitarbeit am Inte­gra­tions­pro­jekt der Wr. Jugendzentren, 1986 bis 1994 Behin­derten­sprecher der Grünen im Parlament. Davor und da­nach Akti­vist in der Behindertenbewegung (club handicap, BIZEPS, ...).

**Dr.in Angela Wegscheider** - geboren 1977, war verant­wort­lich für die Neugestaltung der Ausstellungsräume „Leben mit Behin­derung“ im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim. Mit­arbeiterin des Insti­tuts für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Uni­versität.

**Impressum**

**Herausgeber**:

BIZEPS - Zentrum für Selbstbestimmtes Leben

Schönngasse 15-17/4, 1020 Wien

Telefon: 01 / 523 89 21, Fax: 01 / 523 89 21 20

office@bizeps.or.at

www.bizeps.or.at

ZVR-Nr.: 998875117

**Bildquellen**:

Titelbild: Karl Schuhmann

Seite 23: Archiv der GSI, Dokumentations­stelle Hartheim des OÖLA

Seite 27: NARA II, RG 549, Records of Headquarters, U.S. Army Europe (USAREUR), War Crimes Branch, War Crimes Case Files („Cases not tried“), 1944-48, Box 490, Case 000-12-463 Hartheim (P) VOL I/A (Dokumentationsstelle Hartheim des OÖLA)

Seite 31: NARA II, RG 549, Records of Headquarters, U.S. Army Europe (USAREUR), War Crimes Branch, War Crimes Case Files („Cases not tried“), 1944-48, Box 490, Case 000-12-463 Hartheim (P) VOL I/A (Dokumentationsstelle Hartheim des OÖLA)

Seite 53, 59: Roland Schlager/APA/PictureDesk.com

Seite 64-66: Videostill Krausneker/Schalber 2009

Seite 75: Media Wien

1. Angela Wegscheider, **Die institutionelle Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Oberösterreich 1918-1938, VIRUS. Beiträge zur Sozial­geschichte der Medizin, 11, hrsg. v. Carlos Watzka und Florian Schwanninger, Wien 2012 (im Erscheinen).** [↑](#footnote-ref-1)
2. Brigitte Kepplinger, Die Tötungsanstalt Hartheim 1940-1945, in: Brigitte Kepplinger/Gerhart Marckhgott/Hartmut Reese (Hrsg.), Tötungsanstalt Hartheim, Linz 2008², S. 64ff. [↑](#footnote-ref-2)
3. Florian Zehethofer, Chronik des Oberösterreichischen Landeswohltätig­keits­vereines, 1. Teil 1892-1945 (unveröff. Manuskript), S. 74ff. [↑](#footnote-ref-3)
4. Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) Wiesbaden , Abt. 631a/877: Vernehmung des Zeugen Erwin Lambert, 15.9.1969. [↑](#footnote-ref-4)
5. NARA II, RG 549, Records of Headquarters, U.S.Army Europe (USAREUR), War Crimes Branch, War Crimes Case Files („Cases not Tried“), 1944-48, Box 490, Case 000-12-463 Hartheim, Exhibit 7, Niederschrift Helene Hintersteiner, 29.6.1945. [↑](#footnote-ref-5)
6. Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), LG Linz, Sondergerichte, Sch. 1014, Faszikel Vg 6 Vr 6741/47 gegen Griessenberger und Genossen, ausgeschieden aus Vg 8 Vr 2407/46, Vernehmung Vinzenz Nohel, 4.9.1945. [↑](#footnote-ref-6)
7. Vgl. Vernehmung Vinzenz Nohel. Auch auf einem Foto im Anhang des so genannten „Dameron-Reports“ vom Sommer 1945 ist dieses Scherengitter zu erkennen. Siehe NARA II, RG 549, Records of Headquarters, U.S.Army Europe (USAREUR), War Crimes Branch, War Crimes Case Files („Cases not Tried“), 1944-48, Box 490, Case 000-12-463 Hartheim. [↑](#footnote-ref-7)
8. Vgl. Vernehmung Vinzenz Nohel. [↑](#footnote-ref-8)
9. Ebd. Zu den Umbauarbeiten in der Gaskammer siehe auch Vernehmung Erwin Lambert. [↑](#footnote-ref-9)
10. Vgl. Vernehmung Vinzenz Nohel. [↑](#footnote-ref-10)
11. Vgl. Niederschrift Helene Hintersteiner, 29.6.1945. [↑](#footnote-ref-11)
12. Hinweise ergeben sich aus den Aussagen mehrerer Zeugen, die der Dokumentationsstelle Hartheim zur Verfügung stehen, u.a. jener von Adam Golebski. [↑](#footnote-ref-12)
13. Vgl. Kepplinger, S. 85. [↑](#footnote-ref-13)
14. Vgl. Ernst Klee: „Euthanasie“ im Dritten Reich, Frankfurt am Main 20102, S. 112ff. [↑](#footnote-ref-14)
15. Kepplinger, S. 67 und S. 64f. [↑](#footnote-ref-15)
16. OÖLA, LG Linz, Sondergerichte, Sch. 1014, Vg 8 Vr 2407/46, Vernehmung von Johann Baumgartner vor dem LG Linz, 21.3.1947. [↑](#footnote-ref-16)
17. Vgl. Kepplinger, S. 80. [↑](#footnote-ref-17)
18. HHStA Wiesbaden, Abt. 631a/877: Vernehmung Maria Lambert, 17.9.1964. [↑](#footnote-ref-18)
19. Vgl. Vernehmung Vinzenz Nohel. [↑](#footnote-ref-19)
20. Vgl. Niederschrift Helene Hintersteiner. [↑](#footnote-ref-20)
21. Dies war die Vorschrift der Zentrale. In der Praxis wurde diese Aufgabe auch des Öfteren an die als „Brenner“ bezeichneten Krematoriumsarbeiter delegiert. Vgl. Kepplinger, S. 84 [↑](#footnote-ref-21)
22. Vgl. Vernehmung Vinzenz Nohel. [↑](#footnote-ref-22)
23. Vgl. Niederschrift Helene Hintersteiner. [↑](#footnote-ref-23)
24. Vgl. OÖLA, LG Linz, Sondergerichte, Sch. 1014, Vg 8 Vr 2407/46, Abschrift einer Vernehmung von Hermann Merta durch die Polizeidienststelle Ybbs, 23.9.1945. [↑](#footnote-ref-24)
25. Vgl. Kepplinger, S. 83. [↑](#footnote-ref-25)
26. Zur „Hartheimer Statistik“ siehe Andrea Kammerhofer, Die „Hartheimer Statistik“. „Bis zum 1. September 1941 wurden desinfiziert: Personen: 70.273…“, in: Kepplinger/Marckhgott/Reese, S. 117-130. Die bislang durch das Forschungsprojekt „Gedenkbuch Hartheim“ erhobenen Namen und Daten von Opfern dürften die „Hartheimer Statistik“ bestätigen. Vgl. Florian Schwanninger, Den Opfern einen Namen geben. Die Recherche nach den in Hartheim ermordeten Menschen im Rahmen des Projekts „Gedenkbuch Hartheim“, in: ebd. S. 131-143. [↑](#footnote-ref-26)
27. Vgl. Vernehmung Vinzenz Nohel. [↑](#footnote-ref-27)
28. Vgl. Niederschrift Helene Hintersteiner. [↑](#footnote-ref-28)
29. Vgl. Vernehmung Vinzenz Nohel. [↑](#footnote-ref-29)
30. HHStA Wiesbaden , Abt. 631a/882: Zeugenvernehmung Johann Lothaller vor dem BG Linz, 19.11.1964. [↑](#footnote-ref-30)
31. Vgl. Niederschrift Helene Hintersteiner. [↑](#footnote-ref-31)
32. Vgl. Vernehmung Hermann Merta. [↑](#footnote-ref-32)
33. Eugen Kogon/Hermann Langbein/Adalbert Rückerl u. a. (Hrsg.), National­sozialistische Massentötungen durch Giftgas, Frankfurt/Main 1995, S. 75. [↑](#footnote-ref-33)
34. Irene Leitner, NS-Euthanasie: Wissen und Widerstand, in: Kepplinger/Marckhgott/Reese, S. 218. [↑](#footnote-ref-34)
35. Dokumentationsstelle Hartheim, Dokument 217 (Kopie von DÖW E 22.557), Brief Karl Schuhmann, 3.9.1991. Von Karl Schuhmann stammt auch das einzige Foto, auf dem das Schloss mit Rauch aus dem Krematoriums-Schornstein zu sehen ist. [↑](#footnote-ref-35)
36. Dokumentationsstelle Hartheim, Dokument 430 (Kopie von DÖW 19.432). [↑](#footnote-ref-36)
37. Vgl. hierzu Florian Schwanninger, „Wenn du nicht arbeiten kannst, schicken wir dich zum Vergasen.“ Die „Sonderbehandlung 14f13“ im Schloss Hartheim 1941-1944, in: Kepplinger/Marckhgott/Reese, S. 155-208. [↑](#footnote-ref-37)
38. Der dabei entstandene Untersuchungsbericht wurde vor kurzem als Edition veröffentlicht. Brigitte Kepplinger und Irene Leitner (Hrsg.), Dameron Report. Bericht des War Crimes Investigating Teams No. 6824 der U.S. Army vom 17.7.1945 über die Tötungsanstalt Hartheim, Innsbruck-Wien-Bozen 2012. [↑](#footnote-ref-38)
39. In Zehethofer; Ein Brief an den Vereinsobmann Dipl.Ing. Anton Strauch. [↑](#footnote-ref-39)
40. Geschichte des Schloss Hartheim, <http://www.schloss-hartheim.at/>, Zugriff am 14.05.2012. [↑](#footnote-ref-40)
41. Hartmut Reese und Brigitte Kepplinger, Das Gedenken in Hartheim, in: Kepplinger/Marckhgott/Reese, S. 525f. [↑](#footnote-ref-41)
42. BIZEPS-INFO „Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof geplant“ http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=10189 [↑](#footnote-ref-42)
43. „Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien“, Band 2, Herwig Czech, S. 161 [↑](#footnote-ref-43)
44. BIZEPS-INFO „Weitere Präparate aufgetaucht“ http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=3120 [↑](#footnote-ref-44)
45. Der Standard http://derstandard.at/1336563034953/Euthanasie-Opfer-der-NS-Medizin-wurden-am-Wiener-Zentralfriedhof-begraben [↑](#footnote-ref-45)
46. Das große internationale Interesse an unseren Forschungsergebnissen führte dazu, dass wir eine zweite Auflage, mit auch englischen Untertiteln un (2010) und eine dritte Auflage, eine italienische Fassung (2011) publizierten. [↑](#footnote-ref-46)
47. Listen der Jüdische Blinden-Anstalt, Taubstummen- u. Krüppelhilfe Hohe Warte Wien, Bestand: ÖstA, Stillhaltekomm., Karton 558 im Abgleich mit Daten des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes und der Anlaufstelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. [↑](#footnote-ref-47)
48. Siehe Jochen Muhs in „Sehen statt Hören“, 30. August 2003, http://www.taubenschlag.de/html/ssh/1147.html [↑](#footnote-ref-48)
49. Kreuzer 1999 [↑](#footnote-ref-49)
50. Grunewald 1998 [↑](#footnote-ref-50)
51. siehe z.B.: Weizenböck 1998 [↑](#footnote-ref-51)
52. Neugebauer/ Schwarz 2005, Fußnote Seite 230 ff [↑](#footnote-ref-52)
53. vgl.: http://www.whonamedit.com/doctor.cfm/1972.html [31.3.2012] und Ronen u.a., S. 120 [↑](#footnote-ref-53)
54. Neugebauer/ Schwarz 2005, Fußnote Seite 229 [↑](#footnote-ref-54)
55. Quelle: Österreichisches Staatsarchiv [↑](#footnote-ref-55)
56. Quelle: Bundesarchiv Berlin [↑](#footnote-ref-56)
57. Quelle: Österreichisches Staatsarchiv [↑](#footnote-ref-57)
58. Quelle: Recherche von Benedikt Sauer [↑](#footnote-ref-58)
59. Heinrich Gross/Kurt Jellinger/Elfriede Kaltenbäck/Andreas Rett, Infantile Cerebral Disorders. In: Journal of the neurological Sciences 7, 1968, pp. 551–564; nach: Neugebauer/ Schwarz 2005, Fußnote Seite 230 ff [↑](#footnote-ref-59)
60. Tragl 2007, S. 558 [↑](#footnote-ref-60)
61. vgl. Schönwiese 1995 [↑](#footnote-ref-61)
62. Rett/Seidler 1981, S.264 [↑](#footnote-ref-62)
63. Rett/ Seidler 1981, S. 281 [↑](#footnote-ref-63)
64. Rett/ Seidler 1981, S. 277 [↑](#footnote-ref-64)
65. ebd. S. 283 [↑](#footnote-ref-65)
66. ebd. S. 286 [↑](#footnote-ref-66)
67. ebd. S. 313 [↑](#footnote-ref-67)
68. Seidler/ Rett 1982 [↑](#footnote-ref-68)
69. vgl. DIDAKTIK-on.net, 2011; <http://didaktik-on.net/cgi-bin/didaktik.cgi?id=0000051a> [31.3.2012] [↑](#footnote-ref-69)
70. Rett/Seidler 1981, S. 310 [↑](#footnote-ref-70)
71. ebd. [↑](#footnote-ref-71)
72. Wolf 2008, S. 549 [↑](#footnote-ref-72)
73. Holzinger 1984, S. 307 [↑](#footnote-ref-73)
74. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497230.html> [31.3.2012] [↑](#footnote-ref-74)
75. UN-Declaration on the Rights of Mentally Retarded Persons, 1971 - <http://www1.umn.edu/humanrts/instree/t1drmrp.htm> [31.3.2012] [↑](#footnote-ref-75)
76. vgl. Kappeler, S. 235 ff [↑](#footnote-ref-76)
77. Kappeler 2000, S. 634 [↑](#footnote-ref-77)
78. vgl. z.B. Fitzsimons 2009 [↑](#footnote-ref-78)